Nr. 266. Halle a. S., Freitag den 11. November 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmit. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Der Gang nach Skiernewice.

Wilhelm II. wird in der nächsten Zeit dem Zaren Nikolaus in Skiernewice einen Besuch abstatten. Das ist die neueste Nachricht vom Schauplatze der deutsch-russischen Verbrüderung. Dem Berl. Tgbl. wird darüber von ihrem Petersburger Korrespondenten gemeldet:

Ich erfahre aus absolut zuverlässiger Quelle, daß in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm II. in Skiernewice stattfindet, der man hier in Regierungskreisen große politische Bedeutung beimißt. Der Zar hat vor seiner Abreise dem Hofminister Baron Fredericks und dem Direktor der Kanzlei des Hofministeriums General Mossolow gesagt: „Ich wünsche, daß der Empfang Sr. Majestät Kaiser Wilhelms einen außerordentlichen und allerherzlichsten Charakter trägt und in dieser Richtung außergewöhnliche Vorbereitungen getroffen werden." — Wie ich ferner höre, sind außer einer Truppenschau und Jagd keinerlei außergewöhnliche Festlichkeiten geplant, wohl aber spricht man von mancherlei politischen Kombinationen, deren Richtigkeit schwer zu prüfen ist.

Der Gang nach Skiernewice wird, wenn er wirklich unternommen wird, nur die äußerlich sichtbare Krönung einer Politik sein, die die deutsche Oeffentlichkeit bis weit über die sozialdemokratischen Kreise hinaus mit steigender Unruhe verfolgt hat. „Rußlands Trauer ist Deutschlands Trauer" telegraphierte Wilhelm II., die Stimmung des Volkes vollständig mißkennend, nach dem Untergang des Petropawlowsk an den Peterburger Freund. Es ist später sehr aufgefallen, daß eine ähnliche Depesche nach London ausblieb, als an der englischen Küste nicht etwa im Krieg befindliche Panzerschiffe in ehrlichem Gefecht, sondern harmlose Fischerboote während ihrer Arbeit zusammengeschossen wurden. Ebenso mußte das Telegramm des Kaisers an sein russisches Regiment, in welchem er auf die russischen Fahnen Gottes Segen herabflehte, als ein Akt außerordentlicher Freundschaft gegenüber einer kriegführenden Macht aufgefaßt werden.

Wenn jetzt, während der russisch-japanische Krieg weiter wütet, jetzt, während der russisch-englische Konflikt noch der Erledigung harrt, während die Not des Selbstherrschers innen und außen auf das höchste steigt, der deutsche Kaiser in die Arme seines russischen Freundes eilt, so kann die Rückwirkung eines so außerordentlichen Vorganges auf das internationale Urteil nicht ausbleiben. Man darf gern glauben, daß der russische Herrscher zarter Tröstung bedarf, und wenn es sich treffen sollte — was ja leicht möglich ist — daß am Tage der geplanten Skiernewicer Hofjagd just Port Arthur fällt, mag die wohltätige Ablenkung dem schwächlichen Herrn der Welt einen sonst unvermeidlichen Nervenanfall ersparen. Aber weder das Ausland noch das deutsche Volk würde eine Monarchenzusammenkunft in Skiernewice nach ihrer rein menschlich-persönlichen Seite hin beurteilen wollen. Wie die Dinge nun einmal in Deutschland liegen, hat der Kaiser dank der Schwächlichkeit der bürgerlichen Reichstagsmehrheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik einen nahezu unbeschränkten Einfluß. Im Auslande, das ja gewohnt ist, Deutschland als eine mäßig variierte Abart der absoluten Monarchie zu betrachten, wird dieser eher über- als unterschätzt. Die Folge des Kaiserbesuches in Rußland wird also sein, daß die Feinde Rußlands mit noch größerer Bestimmtheit als zuvor in Deutschland auch ihren Feind erblicken. Man wird in Deutschland von vornherein auf die Wiedergabe dessen verzichten müssen, was die Presse in London und Tokio zu dieser neuesten Nachricht zu bemerken haben wird. Denn da sich Rußland ja auch Deutschland gegenüber die schlimmsten Uebergriffe erlaubt hat, glaubte man namentlich in London eine ganz andere Haltung Deutschlands erwarten zu dürfen.

In Rußland selbst aber sind die Dinge nachgerade so nahe an den Abgrund gerückt, daß sich selbst die russenfreundliche konservative Presse — die Kreuz-Zeitung und die Deutsche Tageszeitung — über die russische Scharbwirtschaft in Betrachtungen ergeht, wie man sie schärfer auch in der „Umsturzpresse" kaum findet. Unter solchen Umständen begreift man auch die „außergewöhnlichen Vorbereitungen", die der Zar zu dem bevorstehenden Feste getroffen wissen will. Der russische Patriotismus soll von den Brocken eines deutsch-russischen Verbindungs-Banketts neue Nahrung erhalten, der russischen Revolution soll zu Gemüte geführt werden, daß vielleicht unter Umständen deutsche Bajonette russische Bajonette werden könnten.

Die Wege der preußischen Monarchie, die in allen Lebenslagen dem Zarismus treu bleibt, und die des deutschen Volkes, das sich in stets wachsenden Massen der Sozialdemokratie zuwendet, gehen immer weiter auseinander. Ein Gang nach Skiernewice wird diese Entfernung noch vergrößern helfen.

Die Leipz. N. Nachr. dementieren zwar heute die Mitteilung des Berl. Tagebl. durch den Hinweis, ein Zusammentreffen des Kaisers mit dem Zaren liege nicht in den bisher getroffenen Reisedispositionen; allein der Wert solcher ganz-, halb- oder viertelloffizieller Dementis ist in Deutschland viel zu sehr im Kurs gesunken, als daß ihnen entscheidende Bedeutung zukäme. Außerdem ist ja in Deutschland das Unerwartete das Wahrscheinlichste.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 10. November 1904.

Administrative Verschickung aus Berlin.

Eine scheinbar polizei-offiziöse Notiz meldet, die Verhaftung der russischen Studentin Janina Berson sei erfolgt, weil sich die Dame unangemeldet in der Wohnung eines „notorischen Anarchisten" einquartiert hätte. Unter normalen Verhältnissen steht auf Unterlassung der polizeilichen Meldung eine unbedeutende Geldstrafe. Aber „wie die Dinge nun einmal bei uns liegen, wird sie nun wohl in ihre Heimat abgeschoben werden", bemerkt das Berliner Tageblatt mit vollendeter Gemütsruhe. „Wie die Dinge bei uns liegen", liegt aber nicht der geringste Grund vor, die Dame, die sich durch die Wahl ihres Umganges verdächtig gemacht hat, in die Hände der russischen Polizei zu liefern. Frl. Berson besitzt zudem genügende Barmittel, um, wenn sie die preußische Polizei überflüssigerweise ausweisen will, nach jedem beliebigen zivilisierten Land zu reisen, wo man sie — da sie keinerlei Strafat begangen hat — sicherlich völlig unbehelligt lassen würde. Ihre gewaltsame Abschiebung nach Rußland könnte also nur in völlig widerrechtlicher Weise erfolgen.

Der evangelische Kaiser. Bei einem Festessen, das anläßlich der Einweihung des evangelischen Gemeindehauses zu Kreuznach veranstaltet wurde, brachte der Generalsuperintendent Umbeck den Kaisertoast aus. Er ließ seinen Trinkspruch mit immer noch stärker werdender Stimme in die Sätze ausmünden: „Der Kaiser denkt evangelisch, und wenn er auch manchmal etwas unterschreibt, was seinem Denken zuwider ist, er kann eben als deutscher Kaiser nicht anders, aber sie sollen ihn nicht haben, er ist unser Kaiser und bleibt unser Kaiser!"

Eine große Anzahl von Dekorationen, wie es heißt 109, hat Wilhelm II. den Mitgliedern des südwestafrikanischen Marine-Expeditionskorps verliehen. Der Major v. Glasenapp erhielt den roten Adlerorden 3. Klasse mit Schleife und Schwertern.

Bekanntlich ist die Kolonne dieses Offiziers nicht besonders glücklich gewesen. Nach mehreren unglücklichen Gefechten, es sei nur an die mißglückte und opferreiche Rekognoszierung bei Owikokorero erinnert, wurde sie durch die Typhus-Epidemie zur Untätigkeit verdammt. Die Truppe des Majors Glasenapp hat die meisten Verluste gehabt.

Nur „lokale" Unruhen sollen in Kamerun stattgefunden haben, so meldet eine offiziöse Beschwichtigungs-Notiz. Trotz dieses „lokalen" Charakters steht sich die Regierung aber veranlaßt, eine Verstärkung der Kameruner Schutztruppe zu verlangen. Die Polizeitruppe, die bereits im laufenden Jahre um 200 Mann vermehrt worden ist, soll im nächsten Jahre abermals eine Verstärkung von 100 Mann erhalten. Außerdem soll die Kompagnie der Schutztruppe, die im vorigen Jahre abgesetzt wurde, wieder hergestellt werden. Damit wird die Schutztruppe in Kamerun auf mehr als 1500 Mann gebracht sein. Einen Belag dafür werden die Steuerzahler in einer entsprechenden Vermehrung der Zuschüsse für das Kameruner Schutzgebiet erhalten.

Neue Opfer der südwestafrikanischen Sandwüste. Infolge Verwundung starben die Reiter Orzischek und Schloßhauer; dem Typhus erlagen der Stabsveterinär Moll, der Ge-

---

86] (Nachdruck verboten.)

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Berta v. Suttner.

Die Taufe hat nun gestern stattgefunden. Diese Feier gestaltete sich zu einer doppelt glückverheißenden, denn meine Tochter Sylvia und ihres kleinen Neffen Taufpate — den wir schon lange heimlich im Herzen tragen —: Graf Anton Delnitzky — haben sich bei dieser Gelegenheit verlobt.

So bin ich durch meine Kinder rings von glücklichen Verhältnissen umgeben. Rudolf, seit sechs Jahren in den Besitz des Dobjischen Majorats gelangt, und seit vier Jahren mit der ihm von Kindheit an bestimmt gewesenen Beatrix, geborenen Griesbach — dem wunderlieblichsten Geschöpf, das man sich vorstellen kann — verheiratet, steht nun durch die Geburt eines Erben seinen sehnlichsten Wunsch erfüllt. Kurz: beneidenswerte, glänzende Lose.

Ein im Gartensaal eingenommenes Diner versammelte die Taufgäste. Die Glastüren standen offen, und die Luft des herrlichen Sommernachmittages strömte rosenduftend herein.

Neben mir, an unserer Tafelrunde, saß Gräfin Lori Griesbach, Beatrixens Mutter. Dieselbe ist nunmehr Witwe. Ihr Mann fiel in der bosnischen Expedition. Sie hat sich den Verlust nicht stark zu Herzen genommen. Keinesfalls trägt sie ewige Trauer. Im Gegenteile: diesmal ist sie mit granatrotem Brokat und brillantenem Geschmeide angetan. Sie ist gerade so oberflächlich geblieben, wie sie es in ihrer Jugend war. Toilettenfragen, ein paar französische und englische Moderomane, Gesellschaftsklatsch: das genügt noch immer, ihren Horizont zu füllen. Selbst das Kokettieren hat sie nicht ganz gelassen. Auf junge Leute hat sie es zwar nicht mehr angelassen. Auf junge Leute hat sie es zwar nicht mehr angesehen, aber ältere, hohen Rang oder hohes Amt bekleidende Persönlichkeiten sind vor ihren Eroberungsgelüsten nicht sicher. Gegenwärtig scheint mir, hat sie Minister Allerdings aufs Korn genommen. Dieser hat übrigens seinen Namen gewechselt: wir nennen ihn jetzt, eines neu angenommenen Ausdrucks halber, „Minister Andererseits".

„Ich muß Dir ein Geständnis machen," sagte mir Lori, nachdem ich mit ihr auf des Täuflings Gesundheit angestoßen. „Bei dieser feierlichen Gelegenheit, da wir unseren beiderseitigen Enkel getauft haben, muß ich Dir gegenüber mein Gewissen entlasten. Ich war ganz ernstlich in Deinen Mann verliebt."

„Das hast Du mir schon öfters gestanden, liebe Lori."

„Er blieb aber stets ganz gleichgiltig."

„Auch das ist mir bekannt."

„Du hattest doch einen goldtreuen Mann, Martha! Dasselbe kann ich von dem meinigen nicht behaupten. Aber nichtsdestoweniger: es hat mir sehr leid getan um Griesbach. Nun — er starb eines glorreichen Todes, das ist mein Trost . . . Freilich ist das eine langweilige Existenz als Witwe. Besonders wenn man älter wird . . . , so lange man Freier und Kourmacher hat, ist die Witwenschaft nicht ohne . . . . . aber jetzt, ich versichere Dich, es wird einem in der Einsamkeit ganz melancholisch . . . Bei Dir ist das etwas anderes: Du lebst bei Deinem Sohn — aber ich verlange mir gar nicht, bei der Beatrix zu bleiben . . . Sie verlangt es übrigens auch nicht: Schwiegermutter im Haus, das tut nicht gut; denn man will doch im Hause die Herrin sein . . . Zwar ärgert man sich mit den Dienstboten, das ist schon wahr; aber wenigstens kann man über sie befehlen. Du darfst es mir glauben: ich wäre gar nicht abgeneigt, noch einmal zu heiraten. Natürlich eine Vernunftheirat mit irgend einem gelesenen —"

„Minister oder so etwas —" unterbrach ich lächelnd.

„O, Du Schlau—, Du durchblickst mich schon wieder! Du — schau dorthin; bemerkst Du denn nicht, wie der Toni Delnitzky in Deine Sylvia hineinredet? Das ist ja kompromittant."

„Laß gut sein. Die Beiden sind auf dem Wege von der Kirche herber einig geworden. Sylvia hat es mir anvertraut — morgen wird der junge Mann bei mir um ihre Hand anhalten."

„Was Du nicht sagst? Nun, dann kann man ja gratulieren! Soll zwar mitunter ein leichter Vogel gewesen sein, der schöne Toni . . . aber das sind sie ja alle — das geht schon nicht anders, und wenn man bedenkt, welche prächtige Partie er ist."

„Das hat meine Sylvia nicht bedacht: sie liebt ihn."

„Nun, desto besser — das ist eine schöne Zugabe in die Ehe."

„Zugabe? Es ist das ein Um und Auf."

Einer der Gäste, ein k. und k. Oberst a. D., klopfte an sein Glas und: „o weh — ein Toast!" dachten wohl die meisten, indem sie ihre Sondergespräche unterbrachen und sich leutzend anschickten, dem Redner zu lauschen. Es war aber auch zum Seufzen; dreimal blieb der Unglückliche stecken, und die Wahl seiner vorgebrachten Wünsche war nicht minder unglücklich. Der Täuflling wurde gepriesen, in einer Zeit geboren worden zu sein, in der das Vaterland bald Söhne brauchen werde . . . „Möge er einst ruhmreich wie sein mütterlicher Urgroßvater, wie sein väterlicher Großvater das Schwert führen . . . möge er selbst viele Söhne zeugen, die ihrerseits den Vater und den Vätern viele Ehre machen, und wie so viele der auf den Feldern der Ehre geblühenden Väter . . . Väter — für die Ehre des Landes ihrer Väter — ihrer Väter und Vatersväter siegen oder — kurz: Friedrich Dobjki lebe hoch!"

Die Gläser klirrten, aber die Rede hatte nicht gezündet.

Daß dieses kaum ins Dasein getretene Leben jetzt schon auf die Totenliste kommender Schlachten gesetzt wurde, machte keinen freundlichen Eindruck.

Um dieses düstere Bild zu verscheuchen, fühlte sich einer der Anwesenden veranlaßt, die tröstliche Bemerkung vorzubringen, daß die gegenwärtigen Konjunkturen einen längeren Frieden verbürgten, daß der Dreibund —"

Damit war das allgemeine Gespräch wieder glücklich auf das politische Gebiet gebracht, und Minister Andererseits ergriff das Wort.

„In der Tat (Lori Griesbach hing an seinem Munde), es liegt zu Tage: die Wehrtüchtigkeit, welche wir erreicht haben, ist etwas Großartiges und dürfte alle Friedensbrecher abschrecken.

Das Landsturmgesetz, welches alle tauglichen Staatsbürger vom 19. bis 42., die einstigen Offiziere sogar bis zum 60. — Lebensjahre zum Kriegsdienst verpflichtet, erlaubt uns, beim ersten Aufgebot allein 4 800 000 Soldaten aufzustellen. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß das wachsende Mehrerfordernis, welches von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen wird, schwer auf der Bevölkerung lastet, und daß die zur ausgiebigen Schlagfertigkeit des Reiches erforderlichen Maßnahmen im umgekehrten Verhältnis zur Frage der Regelung der Finanzlage stehen; es ist aber andererseits erhebend, mit welchem opferfreudigen Patriotismus die Volksvertreter stets und allerorts die von dem Kriegsministerium geforderte Mehrbelastung bewilligen; sie erkennen die von allen einsichtigen Politikern zugegebene, durch die Wehrhaftigkeitsentfaltung der Nachbarstaaten und durch die politische Situation bedingte Notwendigkeit, alle anderen Rücksichten dem eisernen Zwang der militärischen Kräftigung unterzuordnen."

„Der leibhaftige Leitartikel" bemerkte jemand halblaut.

„Andererseits" fuhr aber fort:

„Um so mehr, als dadurch ja eine Bürgschaft geschaffen wird für die Erhaltung des Friedens. Denn, indem wir in traditionellem Patriotismus zur Sicherung der Grenzen es der unausgesetzten Steigerung der Wehrkraft unserer Nachbarstaaten gleichtun, erfüllen wir eine erhabene Pflicht und hoffen, etwa drohende Gefahren auch fernerhin zu bannen. So erhebe ich denn dieses Glas auf dasjenige Prinzip, welches, wie ich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041111-16/fragment/page=0001

freite Rux und der Reiter Wolf. Verwundet wurden der Gefreite Schmidt und die Reiter Bartels und Urschlechter.

Die Gesindeordnung, die man auch Sklavenordnung nennen kann, gilt in Mecklenburg auch für die Erbpächter, wie folgender Fall beweist:

Ein Erbpächter im Amte Wittenburg war vom Gemeindevorsteher aufgefordert worden, einen Graben, der neben den Wiesen seiner Höfe lief, zu reinigen. Da dieser Graben nicht zu seinem Hofe gehörte, verweigerte er die Arbeit, und das Amt Wittenburg gab ihm recht. Der Gemeindevorstand erstattete nun Anzeige beim großherzoglichen Amte, worauf dem Erbpächter folgende Verfügung zuging: „Der Gemeindevorstand hat gemeldet, daß Sie dem Hünen durch den Gemeindevorstand mündlich übermittelten Amtsbefehl vom 21. Oktober d. J. nicht nachgekommen sind. Das Amt hat den Gemeindevorstand beauftragt, die von Ihnen versäumte Räumung auf Ihre Kosten sofort vorzunehmen. Das Amt bemerkt jedoch, daß es nicht Anstand nehmen wird, in zukünftigen Fällen, in denen Sie den Amtsbefehlen oder den Räumungsbefehlen des Gemeindevorstehers wiederum den Gehorsam verweigern, Sie in der durch die Gesindeordnung vom 14. Nov. 1654 Tit. V § 6 vorgeschriebenen Weise unnachsichtig in eine Geldstrafe von 150 Mark zu nehmen. Sie wollen sich hiernach richten."

Wenn nun solch ein Erbpächter gelegentlich in Differenzen mit seiner Herrschaft gerät, und die prügelt ihn nach Gesindeordnungsrecht, so widerfährt ihm eben „Recht".

Staatsgefährliche Schutzleute scheint es in München zu geben. Dort sollten in einer Schutzmanns-Versammlung, die im Thomasbräu stattfand, Mißstände des Berufes besprochen werden. Ein Polizeikommissar löste jedoch im Namen des Gesetzes die Besprechung auf und 60 Schutzleute wurden notiert.

Schulelend in Württemberg. In Schmalfelden (OA. Gerabronn) wurde unterm 6. Oktober der Lehr-Gehilfe abberufen; ein Nachfolger ist bis jetzt nicht ernannt; zur Freude der Schüler wurde einstweilen die Schule geschlossen. So etwas hat man bis jetzt nur in der Wasserpolacken für möglich gehalten, aber nicht in Württemberg.

Die Psychologie der Gefangenschaft. Im Sommer dieses Jahres wurde die Umfrage „Zur Psychologie der Gefangenschaft" von Dr. Fritz Auer-München veröffentlicht. Auers Enquete hat einen wohl nur von wenigen erwarteten Erfolg gehabt. Eine erste Ausgabe von Ergebnissen der Enquete wird demnächst in dem Münchener Verlag von C. H. Beck (zum Preise von 1.50 Mk.) erscheinen. Unterdessen hat sich übrigens auch die Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft des Prof. v. Liszt der Sache angenommen. Es handelt sich nicht um pikante Enthüllungen für das sensationslüsterne Publikum, sondern um den Versuch, das ernste und darum allein wertvolle Interesse des Volkes für die bremenden Reformfragen im heutigen Vollzug der Untersuchungshaft und der Freiheitsstrafen zu wecken, andererseits denen die Augen zu öffnen, die noch glauben, es sei hinter den hohen Mauern der Strafanstalten und Untersuchungsgefängnisse alles in bester Ordnung, und endlich denen die Masse vom Gesicht zu reißen, welche im Parlament und außerhalb des Parlaments die Wahrheit zu unterdrücken streben.

Zwei Kriegsgerichtsurteile. Das Kriegsgericht der 6. Division zu Brandenburg verurteilte den Musketier Pohl von der 5. Komp. des 20. Regiments wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten und städtische Beamte, welche zur Unterstützung des Unteroffiziers herbeigerufen waren, zu 3½ Jahren Gefängnis. Beantragt waren durch den Gerichtsherrn 5 Jahre Gefängnis. —

Das Kriegsgericht der 21. Division verhandelte vor einigen Tagen in Mainz gegen den 19 Jahre alten Leutnant Alfred v. Beth des Füsilier-Regiments Nr. 80, der wegen Beleidigung und Bedrohung von Mainzer Schutzleuten und des groben Unfugs angeklagt war. Vor Verlesung der Anklage wurde die Oeffentlichkeit aus „militärisch-dienstlichen Interessen" ausgeschlossen. Die Mainzer Volksztg. ist jedoch in der Lage, über die Ursache zur Klageerhebung folgendes zu berichten: Es war am 22. August, vor der Truppenschau durch den Kaiser, gegen 4 Uhr in der Frühe, als die Schutzleute Hofmann und Franz in der großen Langgasse einen furchtbaren Skandal hörten. Sie eilten darauf zu und sahen zwei Zivilisten, von denen der eine eine brennende Petroleum-Tischlampe in den Händen trug, die Straße entlang gehen. Die beiden Schutzleute forderten die nächtlichen Ruhestörer auf, sich ruhig zu verhalten und die brennende Lampe von der Straße zu entfernen. Der eine, der die Lampe trug, bie er aus einer Animierkneipe mitgenommen hatte, kam dieser Aufforderung nicht nach, sondern drehte sich herum, ging auf einen der Schutzleute los und schrie diesen an: „Elender Kerl, ich schlage Dir den Schädel ein!" Um seine tödliche Absicht auszuführen, erhob er die Lampe und schlug damit nach dem Kopfe des Schutzmannes, der sich rasch bückte, so daß die Lampe nicht ihn traf, sondern auf der Erde zerschellte. Nun forderten die Schutzleute die Personalien der beiden Zivilisten, dabei hörten sie zu ihrem Erstaunen, daß beide Offiziere waren, der eine der Angeklagte v. Beth. Die Schutzleute begaben sich hierauf zur Polizeiwache. Kaum waren sie dort angekommen, als auch schon die beiden Offiziere erschienen. Der Angeklagte, der Sohn eines Regierungsrats, behielt den Hut auf dem Kopfe und rief den Schutzleuten allerlei hübsche „Schmeichelnamen" zu. Er ließ sich auch nicht von seinem Begleiter, der der verständigere war, beruhigen, forderten setzte sich auf einen der Tische und schrie den Schutzleuten zu: „Wie könnt Ihr Offiziere nach ihrem Namen fragen, Ihr seid ja doch nur Unteroffiziere gewesen! In diesem traurigen, dreckigen Neste muß man sich das gefallen lassen, ich werde es Euch zeigen" usw. Erst nachdem die Schutzleute mit Einsperren drohten, beruhigte sich das blaue Blut des Herrn Leutnants, und er zog von dannen. Der Anklagevertreter beantragte wegen Bedrohung und Beleidigung 20 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach kurzer Beratung nur wegen Beleidibung zu 20 Mark Geldstrafe.

Die Rache der Flanellleibchen-Trägerinnen. In einer der letzten Nummern des Simplicissimus fand sich ein satirisches Gedicht Peter Schlemihls gegen die Sittlichkeitsfexerei, die vor einiger Zeit in Köln zum Ausdruck gekommen war. In dem Gedicht war auch dem „Pastorenweibchen" ein Seitenhieb versetzt worden. Dafür wollen sich die ehrbaren Pfarrerfrauen rächen; da sie sich aber selbst nicht blamieren wollen, so haben sie eine Mittelsperson vorgeschoben, und zwar den Hamburger Kolportagebuchhändler Pape, der gegen den Simplicissimus Beleidigungsklage erhoben hat. Die in solchen Dingen gut informierte Täzl. Rundschau hat behauptet, daß die Pastorenfrauen oder der evangelische Landesverband klagen wollen.

Ist ersteres richtig, dann fragt der Leser, wie kommt die sonderbare Korporation der „Flanell tragenden Pastorinnen" dazu, einen Hamburger Kolportagebuchhändler als ihren gesetzlichen Vertreter zu betrachten? Und wie kommt dieser Herr Pape dazu, als Rächer der flanellbehesten Menschheit auf die Bühne zu steigen? Wenn der Mann wenigstens ein Flanell- und Wollegeschäft sein eigen nennen würde! Aber Kolportagebuchhändler? Nicht verständlicher ist die Sache, wenn die Herren Pastorez die Kläger sind. Wie man weiß, ist es sehr bestritten, ob Korporationen und Personenvereine Objekte einer Beleidigung sein können. Auch wer dies bejaht, legt den Finger an die Nase und fragt: „Welcher Personenverein ist hier beleidigt?" Ist es ein Verein der Pastoren überhaupt? Da mußten doch nach dem Inhalt der „Beleidigung" die Junggesellen ausscheiden. Oder ist es ein Verein der „verheirateten Pastoren"? Da scheiden wieder die Gatten jener Damen aus, die nicht Flanell sondern Jägerwäsche tragen. Drittens aber ist es der Verein „der mit Flanellleibchen tragenden Ehelichsten vermählten Pastoren"? Gibt es den? Wenn ja, um Gotteswillen, wieso ist ein Kolportagebuchhändler der Vorstand, oder gesetzlicher Vertreter dieses schönen Klubs?? Das ist ja eine Geschichte für Mark Twain. Kein Mensch kann es jemals auf gewöhnliche Weise oder auf dem Wege des Nachdenkens herauskriegen.

Ausland.

Oestreich. Die Vorgänge in Innsbruck haben dem Nationalitätenhader in der östreichischen Ländern neue Nahrung gegeben. In Innsbruck selbst ist die Erregung noch so groß, daß viele italienische Arbeiter von dort abgereist sind; sie mußten unter Polizeischutz nach dem Bahnhof gebracht werden. Die Alldeutschen nützen die Aufregung zu ihren chauvinistischen Zwecken aus; es wird kategorisch die Entfernung der italienischen Fakultät und die Abberufung des Statthalters gefordert, worauf aber die Regierung nicht eingehen will. — In zahlreichen deutschen Städten, wie in Linz, Graz, Leoben u. s. w., haben tumultuarische Kundgebungen gegen Tschechen und Italiener stattgefunden. In Graz demolierten mehrere hundert Studenten die Fenster- und Spiegelscheiben eines italienischen Restaurants. Auf der anderen Seite wird in den italienischen Gebieten Oestreichs und in Italien selbst durch die Innsbrucker Vorgänge die irridentistische Bewegung wieder höhere Wogen schlagen. So werden aus Trient, Triest und anderen Städten Istriens bereits solche Kundgebungen gegen die Deutschen gemeldet.

Italien. Verdoppelung der sozialistischen Stimmen. Wie wenig Ursache die Bourgeois-Presse Italiens und Deutschlands hatte, den Ausfall der italienischen Wahlen als einen Schlag gegen den Sozialismus zu feiern, beweist die gewaltige Zunahme der sozialistischen Stimmen in Italien. Ein Privat-Telegramm aus Rom meldet dem Vorwärts:

Rom, 8. November. Der Avanti veröffentlicht eine vorläufige Wahlstatistik, wonach bei den am Sonntag stattgefundenen Wahlen 301 000 sozialistische Stimmen abgegeben wurden, eingerechnet die für die Mailänder Sozialisten abgegebenen Stimmen. Bei den vorigen Wahlen wurden 162 000 sozialistische Stimmen abgegeben. — Der Parteivorstand erläßt einen Aufruf zur Unterstützung der Republikaner und Radikalen bei der Stichwahl.

Bei einer ungefähren Verdoppelung der sozialistischen Stimmen kann man doch wahrhaftig nicht von einer Niederlage des Sozialismus reden! Daß eine Anzahl bisher behaupteter Wahlkreise verloren gegangen ist, ist bei der Sammlungspolitik, die diesmal das Charakteristikum der italienischen Wahlen war, doch wahrhaftig kein Wunder. Auch in Deutschland sind unter solchen Umständen schon oftmals bereits eroberte Wahlkreise von den gemeinsame Sache machenden Gegnern zurückgewonnen worden! Wenn der italienische Sozialismus noch etliche solcher „Niederlagen" erleidet, können sich die bürgerlichen Parteien vor seiner Wählermasse verkriechen!

Trotz alledem wird sich der Wahlausfall erst dann richtig beurteilen lassen, wenn ein detailliertes Wahlresultat einen genauen Vergleich der Stimmen ermöglicht, die in den einzelnen Wahlkreisen bei der vorgestrigen und bei der letzten Wahl für die sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden.

Amerika. Ueber den Sieg Roosevelts wird bürgerlichen Blättern gemeldet: Der Wahltag hat mit dem größten jemals dagewesenen republikanischen Wahlsieg geendet. Mit Ausnahme der Südstaaten kamen aus allen Landesteilen nur republikanische Siegesnachrichten. Die Stadt Newyork brachte für Parker eine weit geringere Mehrheit und der Staat Newyork Roosevelt eine weit größere Mehrheit, als man gedacht hatte. Chicago hat republikanisch, Boston demokratisch gewählt. Bereits gegen 7 Uhr abends gratulierte Parker seinem Rivalen. Der Newyork Herald schätzt die Elektoralstimmen auf 317 für Roosevelt und 101 für Parker, und berechnet für den Kongreß eine republikanische Mehrheit von 54 Stimmen. Die Populisten haben übrigens bisher eine stärkere Stimmenzahl als die Sozialisten. Es gab diesmal nur unbedeutende Wahlkrawalle. Die sozialistischen Stimmen weisen eine starke Zunahme auf.

Der Krieg in Ostasien.

Als Beweis für die Unklarheit und den Widerspruch der Meldungen über die Lage von Port Arthur sei folgendes Telegramm des B. T. aus Petersburg mitgeteilt. Dasselbe lautet:

Von den im ganzen 26 detachierten Forts von Port Arthur, die wirklich permanent ausgebaut wurden, ist nach den hier vorliegenden Nachrichten bis zur Stunde noch kein einziges gefallen. Das in die Hände der Japaner geratene sogenannte Fort Kuropatkin war nur ein in letzter Stunde provisorisch

---

weiß, unserer Baronin Martha so sehr am Herzen liegt — ein Prinzip, das auch die Signaturmächte der mitteleuropäischen Friedensliga hochhalten, und ich fordere Sie auf, mit mir anzustoßen: Es lebe der Frieden! Möge seine Wohltat uns noch recht lange erhalten bleiben!"

„Darauf trinke ich nicht," sagte ich. „Der bewaffnete Friede ist keine Wohltat . . . und nicht lange soll uns der Krieg verhütet bleiben, sondern immer. Wenn man sich auf die Meerfahrt macht, soll die Zusicherung nicht genügen, daß recht lange das Schiff an keiner Klippe zerschelle. Daß die ganze Fahrt glücklich überstanden werde, danach wird der ehrliche Kapitän trachten."

Doktor Bresser, noch immer unser bester Hausfreund, kam mit zu Hilfe:

„In der Tat, Exzellenz, können Sie an den ehrlichen, aufrichtigen Friedenswillen jener glauben, die mit Leidenschaft, mit Begeisterung — Soldaten sind? Die alles, was den Krieg gefährdet — nämlich Abrüstung, Staatenbund, Schiedsgericht — nicht nennen hören wollen? Könnte denn die Freude an Arsenalen und Festungen und Manövern und dergleichen bestehen, wenn diese Dinge wirklich nur als das betrachtet würden, wofür man sie ausgibt: als Vogelscheuchen? Also, damit man sie niemals brauche, der ganze Kostenaufwand ihrer Herstellung! Die Völker müssen ihr ganzes Geld hergeben, um an den Grenzen Befestigungen zu machen, in der Absicht, sich über die Grenzen hin Kuppändchen zuzuwerfen? Zu einer bloßen Friedens-Aufrechterhaltungs-Gendarmerie läßt sich das Militär nicht herabdrücken — der oberste Kriegsherr wird doch nicht einem Heer von ewigen Kriegsvermeidern vorstehen sollen? Hinter dieser Maske blinzeln die einverständlichen Blicke, und die jedes Kriegsbudget bewilligenden Abgeordneten blinzeln mit."

„Die Volksvertreter?" unterbrach der Minister. „Man kann den Opfermut doch nur loben, dessen diese in ernsten Zeiten niemals ermangeln und welcher in der einhelligen Votierung der entsprechenden Gesetze erhebenden Ausdruck findet."

„Verzeihen Sie, Exzellenz, diesen einhelligen Stimmabgebern wollte ich einem nach dem andern zurufen: Dein Ja wird jener Mutter ihr einziges Kind rauben; — deines bohrt jenem armen Wicht die Augen aus; — deines schießt eine unersetzliche Bücherei in Brand; — deines zerstampft das Hirn eines Dichters, der deines Landes Ruhm gewesen wäre . . . Aber ihr habt dieses „Ja" votiert, um nur ja nicht feige zu scheinen — als ob man gerade nur für sich die Affentierung fürchten müßte. — Seid ihr denn nicht da, um des Volkes Willen zur Geltung zu bringen? Und das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden . . ."

„Ich hoffe, lieber Doktor", bemerkte der Oberst bitter, „daß Sie niemals Abgeordneter werden; das ganze Haus würde Sie auspfeifen."

„Mich dem auszusetzen, würde schon beweisen, daß ich nicht feige bin. Gegen den Strom zu schwimmen erfordert die kühlerne Kraft."

„Wenn aber der Ernstfall eintrete und man stände unvorbereitet da?"

„Man bereite einen Rechtszustand vor, der den Eintritt des „Ernstfalles" unmöglich mache. Denn was dieser Fall sein wird, Herr Oberst, von dem kann heutzutage kein Mensch einen klaren Begriff fassen. Bei der Furchtbarkeit der gegenwärtig erreichten und noch immer steigenden Waffentechnik, bei der Massenhaftigkeit der Streitkräfte wird der nächste Krieg wahrlich kein „ernster", sondern ein — es gibt gar kein Wort dafür — ein Riesenjammer-Fall sein . . . Hilfe und Verpflegung unmöglich . . . Die Sanitätsvorkehrungen und Proviantvorkehrungen werden den Anforderungen gegenüber als die reine Ironie sich erweisen; der nächste Krieg, von welchem die Leute so gelassig und gleichmütig reden, der wird nicht Gewinn für die einen und Verlust für die anderen bedeuten, sondern Untergang für alle. Wer hier unter uns stimmt für diesen Einzelfall?"

„Ich allerdings nicht", sagte der Minister; „Sie auch nicht, lieber Doktor — aber die Menschen im allgemeinen . . . Auch unsere Regierung nicht, dafür kann ich gutsichten — aber die anderen Staaten." . . .

„Mit welchem Rechte halten Sie andere Leute für schlechter und unvernünftiger als sich und mich? Da will ich Ihnen ein kleines Märchen erzählen:

Vor der geschlossenen Pforte eines schönen Gartens, gar sehnsüchtig hineinschauend, stand ein Haufen Menschen, tausendmeiner an der Zahl. Der Pförtner hatte den Auftrag, die Leute hereinzulassen, falls die Mehrzahl unter ihnen den Einlaß wünschte. — Er rief den einen herbei: „Sag' — aber aufrichtig — möchtest Du herein?" — „O ja, ich schon, aber die anderen tausend sicher nicht." Diese Antwort schrieb der Pförtner hinten in sein Notizbuch. Dann rief er einen zweiten. Der sagte dasselbe. Wieder trug der Kluge unter die Rubrik „ja" die Ziffer 1, unter die Rubrik „nein" die Ziffer 1000 ein.

Das ging so bis zum letzten Mann. Dann addierte er die Zahlen. Das Ergebnis war: 1001 „ja", über eine Million „nein". So blieb das Tor verschlossen, denn das „nein" hatte eine erdrückende Majorität. Und das kam daher, weil jeder, statt nur für sich, auch für die anderen antworten zu müssen glaubte."

„Allerdings", sprach der Minister nachdenklich, und wieder schlug Lori Griesbach bewundernde Augen zu ihm auf — „es wäre allerdings eine schöne Sache, wenn die einstimmige Votierung einer Entwaffnungsvorlage stattfinden würde; — aber andererseits, welche Regierung wird es wagen, den Anfang zu machen? Allerdings gibt es nichts Wünschenswerteres, als Eintracht; aber andererseits: wie kann man, so lange menschliche Leidenschaften, Sonderinteressen u. s. w. bestehen, dauernde Eintracht für möglich halten?"

„Erlauben Sie", nahm jetzt mein Sohn Rudolf das Wort. „Vierzig Millionen Einwohner eines Staates bilden ein Ganzes. Warum also nicht mehrere hundert Millionen? Soll das mathematisch und logisch beweisbar sein: so lange menschliche Leidenschaften, Sonderinteressen u. s. w. bestehen, können wohl 40 Millionen Leute darauf verzichten, sich untereinander zu bekriegen — drei Staaten sogar, wie gegenwärtig der Dreibund, können sich verbünden und eine „Friedensliga" bilden — aber fünf Staaten können dies nicht, dürfen dies nicht? Wahrlich, wahrlich: unsere heutige Welt gibt sich für ungeheuer klug aus und beschickt die Wilden — und doch: in manchen Dingen können auch wir nicht bis fünf zählen."

Einige Stimmen erhoben sich: „Was? Wild? — Das uns — mit unserer überfeinerten Kultur? Am Ende des neunzehnten Jahrhunderts?"

Rudolf stand auf:

„Ja, wild — ich nehme das Wort nicht zurück. Und so lange wir uns an die Vergangenheit klammern, werden wir Wilde bleiben. Aber schon stehen wir an der Pforte einer neuen Zeit — die Blicke sind nach vorwärts gerichtet, alles drängt mächtig zu anderer, zu höherer Gestaltung . . . Die Wildheit mit ihren Götzen und ihren Waffen — schon schleuderten sie viele von sich. Wenn wir der Barbarei auch noch näher sind als die meisten glauben, so sind wir vielleicht auch der Veredlung näher als viele hoffen. Schon lebt vielleicht der Fürst oder der Staatsmann, der die in aller künftigen Geschichte als die ruhmreichste, leuchtendste der Taten geltende Tat vollbringen wird, der die allgemeine Abrüstung durchsetzt. Schon stürzt jener Wahn zusammen, kraft dessen der Staatsegoismus einen so täuschenden Anschein von Berechtigung hat — der Wahn, daß der Schaden des einen den Nutzen des anderen befördere . . . Schon dämmert die Erkenntnis, daß die Gerechtigkeit als Grundlage alles sozialen Lebens dienen soll . . . und aus solcher Erkenntnis wird die Menschheit hervorblühen, die Edelmenschlichkeit, wie Friedrich Tilling zu sagen pflegte . . . Mutter, hier dieses Glas trinke ich dem Andenken Deines ewig unvergessenen Geliebten und Betrauerten, dem auch ich alles verdanke, was ich denke und was ich bin. Und aus diesem Glase" — er warf es an die Wand, wo es zerschellte — „wird kein anderer Trunk mehr gemacht und heute — zu des Neugeborenen Tauffest wird kein anderer Toast mehr gesprochen, als dieser: es lebe die Zukunft! Ihre Aufgaben zu vollbringen, dazu wollen wir uns stählen — nicht: unserer Vaterssöhne — wie die alte Phrase lautet — wollen wir trachten, uns würdig zu zeigen — nein: unserer Enkelsöhne . . . Mutter — was ist Dir?" unterbrach er sich. „Du weinst? . . . Was siehst Du dort?"

Mein Blick war nach der offenen Gartentür gerichtet. Die Strahlen der untergehenden Sonne umwoben einen Rosenstock mit zitterndgoldigem Dunst und davon sich abhebend — in lebenswahrer Deutlichkeit — mein Traumbild: Ich sehe die Gartenschere flimmern — das weiße Hauptthaar glänzen . . . „Nicht wahr" — lächelt er zu mir herüber — „wir sind ein glückliches altes Paar?"

Weh' mir! — — —

Ende.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041111-16/fragment/page=0002

ausgebautes Werk, das etwa zwei Kilometer über die eigentliche Befestigungslinie hinausgeschoben war. Mit großer Bestimmtheit versichert man: Port Arthur habe bis Ende des Jahres Munition und Proviant, alle gegenteiligen Nachrichten hält man für üble Zettelungen.

Demgegenüber wurde gestern aus Petersburg gemeldet, daß die Lage der Festung eine verzweifelte sei, und daß der russische Generalstab den Fall von Port Arthur in vier Tagen erwarte.

Aus diesem Beispiel ersieht man, wie schwer es ist, sich über die wirkliche Kriegslage ein richtiges Bild zu machen. —

Aus Mukden wird gemeldet, daß beide kämpfenden Parteien auf dem mandschurischen Kriegsschauplatze nach wie vor eine abwartende Haltung einnehmen. —

In Kopenhagen eingetroffene Privatnachrichten melden zwei Eisenbahnattentate, eines bei Jrkutsk, wo 20 Wagen mit Kriegsmaterial gänzlich zerstört worden sein sollen, ein zweites bei Rakimaja; dort sollen mehrere Personen getötet worden sein.

Oehmig-Weidlich-Seife ist die beste?

An Reklame läßt es die bekannte Zeitzer Seifenfirma C. H. Oehmig-Weidlich nicht fehlen, und ihre Produkte finden auch in Arbeiterkreisen starken Absatz. Da wird es die Arbeiter interessieren, daß im Fabrikbetrieb der Firma recht unbefriedigende Verhältnisse herrschen. Schon seit längerer Zeit bemühen sich die Arbeiter, ihre Lage ein wenig zu bessern; bisher ohne Erfolg. Vielleicht schenkt die Firma den Beschwerden und Forderungen besser Gehör, wenn sie merkt, daß die Konsumenten ihrer Ware Solidarität üben mit den Arbeitern ihrer Fabrik.

Die Arbeiter der Seifenabteilung wurden unlängst vorkteklig, weil sie längere Arbeitszeit haben als die Arbeiter der Schokoladen-Abteilung derselben Firma. Auch der Arbeiterausschuß hat darüber verhandelt.

Es wurde da nachgewiesen, daß in der zehnstündigen Arbeitszeit, die eine Zeitlang bestand, mehr geleistet worden war, als früher in der elfstündigen. Es gab gerade diese Jahre einen guten Geschäftsgang. Trotzdem will die Firma die zehnstündige Arbeitszeit nicht wieder einführen. Weiter wurde gefordert, daß Sonnabends wenigstens um 6 Uhr statt 1/2 7 Uhr aufgehört werden soll, da Oehmig-Weidlich der einzige Großbetrieb in Zeitz ist, welcher am längsten arbeiten läßt. Die Antwort auf alle klaren, überzeugenden Ausführungen war ein unnachgiebiges, unbilliges Verharren der Firma auf dem früheren Standpunkt. Von den Arbeitern ist der größte Teil 5 bis 30 Jahre bei der Firma tätig; durch ihre Leistungen haben sie mitgeholfen, aus dem anfänglich kleinen Geschäft die große Firma mit den beiden großen Fabriken zu machen. Man sollte da wohl eine freundlichere Haltung der Firma gegenüber ihren Arbeitern erwarten können. Statt dessen wurde sogar die plumpe Ausrede gemacht, die Behörde würde es beanstanden, wenn die Arbeitszeit wieder verkürzt würde. Das ist lächerlich. Wohl aber würde die Behörde der Firma aufs Dach steigen, wenn sie erführe, daß Sonnabends, wo doch die weiblichen Arbeiter 1/2 6 Uhr die Fabrik verlassen müssen, ab und zu erst nach dem gesetzlichen Schluß der Lohn ausbezahlt wird, und immer einzelne Differenzen vorkommen, so daß um 6 Uhr noch Arbeiterinnen in der Fabrik sind.

Die Sicherheit des Betriebs ist nicht besonders. Mehrere junge Leute unter 16 Jahren haben bereits Glieder eingebüßt.

Die Fabrikordnung enthält mehrere Bestimmungen, die ein recht bezeichnendes Licht auf die Arbeiterfreundlichkeit der Firma werfen. Die Fabrikordnung wurde zunächst von der Polizei zurückgewiesen wegen einzelner Paragraphen, die gegen die Gewerbeordnung verstießen. Da bestimmt § 8, daß die Arbeitszeit verlängert oder verkürzt werden kann, ohne daß der Arbeiterausschuß dreinzureden hat oder ein Arbeiter berechtigt wäre, ohne die bestehende 14tägige Kündigung aufzuhören. — Strafen gibt's die schwere Menge. Wer die Kündigung nicht einhält, verwirkt nach § 3 den rückständigen Lohn, bis zum Betrage eines durchschnittlichen Wochenlohnes „zu gunsten der Firma". Die armen Herren wirden nicht schnell genug noch reicher werden, wenn sie diese Bestimmung nicht hätten. Das Rennen in den Fabrikräumen oder sogar in den Höfen wird mit 10 und 25 Pf. bestraft, ebenso „das Werfen der Türen". Nach § 14 muß das Frühstück mitgebracht werden. Nicht nur das Schreien und Lärmen sondern auch das Singen und Rauchen innerhalb der Fabrikgrundstücke — also auch innerhalb der Höfe — ist „streng verboten" (§ 16). Bei Oehmig-Weidlich gilt somit nicht der Vers:

Wo man singt, da laß dich ruhig nieder,
Böse Menschen haben keine Lieder.

Nach § 17 hat sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin „der regelmäßigen Revision willig und ernst zu unterziehen". Also nicht einmal eine lächerliche Miene dürfen die Arbeiter Oehmig-Weidlichs ziehen, wenn sie wie Gefangene visitiert werden. Körbe, Schachteln usw. dürfen nicht mitgebracht werden; Pakete sind offen zu tragen. Bei der geringsten Veruntreuung erfolgt sofortige Entlassung oder polizeiliche Anzeige. Außerdem wird in diesem Falle dem Arbeiter die Hälfte eines Tagelohnes abgezogen und er muß auch noch Schadenersatz leisten. Als „Veruntreuung" wird auch angesehen die „absichtliche Mehrangabe über geleistete Arbeit oder Arbeitszeit."

Eine nette Blume ist auch der § 20 der Arbeitsordnung. Derselbe gestattet zwar gnädigst dem Personal, Sonnabends bei sofortiger Bezahlung Waren zu entnehmen, wer dieselben aber an Bewandte, Freunde oder andere weiter verkauft, wird sofort entlassen.

§ 21 verbietet, „irgend welche Sammlungen, ganz gleich zu welchem Zweck, ohne vorherige Genehmigung unter dem Personal vorzunehmen".

§ 22 läßt erkennen, worin die Firma die Haupttätigkeit des Arbeiterausschusses erblickt. Derselbe soll nämlich „ein wachsames Auge" haben über das Verhalten der jugendlichen Arbeiter, „namentlich der weiblichen", auf der Straße. Ueberhaupt soll es das Bestreben jedes einzelnen sein, den guten Ruf unserer Gesamt-Beschäftigten (!!) zu wahren und sowohl innerhalb wie außerhalb der Arbeit zu fördern." Man sieht, die Firma versteht es ebenso der deutschen Sprache Gewalt anzutun wie ihren „Gesamtbeschäftigten".

In § 25 behält sich die Firma sogar eine Kontrolle darüber vor, was ihre „Gesamtbeschäftigten" zum Frühstück essen. Es heißt da nämlich wörtlich:

„Schorfriechende Eßwaren, wie Heringe, Käse, Zwiebeln usw. dürfen zum Frühstück und Vesper in die Arbeitsräume nur unter dem Vorbehalt mitgebracht werden, daß dadurch Unzuträglichkeiten für die Waren und Arbeitsräume selbst nicht entstehen. **Das Mitbringen von Kern- und Steinobst ist streng verboten,** damit die durch auf dem Boden herumliegende Kerne so häufig entstehenden Unfälle vermieden werden."

Die jetzt vorkommenden „häufigen Unfälle" sind nicht auf Obst zurückzuführen. Statt das Herumwerfen der Schalen und Kerne zu verbieten, untersagen die Herren gleich das Mitbringen von Obst überhaupt, obwohl Obst die zweckmäßigste Erfrischung bietet. Was die Heringe, Käse und Zwiebeln anlangt, so würden die Arbeiter gewiß an deren Stelle lieber Kaviar oder andere schöne Sachen genießen, wenn der Lohn dazu ausreichte.

Die angeführten Proben mögen genügen, um den Arbeitern zu zeigen, wie die Firma Oehmig-Weidlich sich zu ihren Arbeitern stellt. Ein großer Unterschied zwischen dieser „Ordnung" und einer Gefängnisordnung besteht nicht. Der „freie" Arbeiter fliegt nur leichter hinaus aus dem Musterbetrieb wie ein Gefangener aus dem Gefängnis. Das ist fast der einzige Unterschied.

Vorerst mag das Gesagte genügen. Aber die Arbeiter der Fabrik, welche das harte Muß, die Sorge ums Brot zwingt, in dem Betriebe zu bleiben, hoffen zuversichtlich, daß alle Arbeiter ihnen Solidarität erweisen, wenn die Notwendigkeit eintreten sollte, den Kampf gegen die Mißstände in ernsterer Weise zu führen. X. X.

Parteinachrichten.

— **Ein Massenprotest** gegen den Kolonialkrieg in Südafrika fand am Sonntag abend in Hamburg, Altona, Hatburg und Umgebung statt. Es waren zu diesem Zwecke vormittags 300 000 Flugblätter verbreitet worden. Die starkbesuchten Versammlungen endeten mit Annahme der Resolution:

1. In Anbetracht, daß die bisherige Kolonialpolitik auf Vergewaltigung des Selostbestimmungsrechtes anderer Völker beruht — daß die Ausbeutung der Kolonien lediglich dem Vorteil einzelner kapitalistischer Kliquen dient, während die ungeheuren Kosten und die Opfer an Menschenleben vom Volke getragen werden müssen — daß die Verwaltung der Kolonien nach dem bisherigen System Dünkel und Ueberhebung bei den Beteiligten erzeugen muß — verwirft die Versammlung diese Kolonialpolitik, jedes Streben nach Erwerb überseeischer Gebiete und verlangt das Aufgeben des jetzigen Kolonialbesitzes.

2. In Erwägung, daß der gegenwärtig in Südwestafrika tobende Krieg durch die Gier und Gewaltätigkeit europäischen Abenteurer verschuldet ist — daß die Gerechtigkeit es gebietet, anzuerkennen, daß die Eingeborenen zum Verzweiflungskampf durch lange geduldig ertragene Unbill schließlich gezwungen worden sind — fordert die Versammlung die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, das Aufgeben weiterer Truppensendungen, Abschluß des Friedens mit den Eingeborenen unter Anerkennung ihres Rechtes auf den Besitz des Landes, und Beitrauung jener Europäer, die durch ihre Uebergriffe und Gewalttaten den Anstoß zu dem Kriege gegeben haben.

3. Aus allen diesen Gründen richtet die Versammlung an den Reichstag die Aufforderung, keinerlei Mittel für die Fortführung der Kolonialpolitik zu bewilligen, insbesondere aber die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Südwestafrika zu verlangen und alle Kredite für Weiterführung des verderblichen Krieges entschieden zu verweigern.

— **In Thorn** beteiligten sich die Parteigenossen zum ersten Male an der Stadtverordnetenwahl. Sie brachten 37 Stimmen auf, während die gewählten Gegner gegen 600 Stimmen auf sich vereinigten.

— **Agrarfrage und schweizerische Sozialdemokratie.** Der demnächst stattfindende Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie wird sich mit der Revision des Partei-Programms zu beschäftigen haben. Dieser Tage hat der Parteivorstand den von der Programm-Kommission ausgearbeiteten Entwurf beraten. Dabei entspann sich eine lebhafte Diskussion, besonders über den die Agrarfrage betreffenden Teil des Entwurfs. Das Ergebnis dieser Diskussion war die einstimmige Annahme in folgender Fassung:

„In der schweizerischen Landwirtschaft herrscht fast durchgängig der Kleinbetrieb, wobei das Grundeigentum individuelles Arbeitsmittel ist und nicht zur Aneignung fremder Arbeit dient. Der Kleinbauer gehört wie der Arbeiter zu den ausgebeuteten Volksklassen. Im Gegensatz zu Verkehr und Industrie besteht heute für das kleinbäuerliche Grundeigentum — mit Ausnahme der Waldungen — weder die Notwendigkeit der Vergesellschaftung noch die wirtschaftliche und technische Vorbedingung dazu.

Verfolgt die sozialdemokratische Partei keine Agrar-Politik, welche die Kleinbauern zu Gegnern hat, so widersetzt sie sich dagegen jeder großbäuerlichen Politik, die sich in Gegensatz zum Interesse der Gesamtheit setzt durch künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise. Sie unterstützt aber alle Mittel, die einerseits die Ergibigkeit des Landwirtschaftsbetriebs steigern und andrerseits dem Bauer den Ertrag seiner Arbeit sichern, indem sie verhindern, daß die Betriebsfortschritte zu größerer Verschuldung und höherm Zinstribut an das Kapital führen.

Die sozialdemokratische Partei verlangt deshalb staatliche Förderung aller Mittel, die den kleinbäuerlichen Betrieben die Vorteile des genossenschaftlichen Großbetriebs sichern (Güterzusammenlegung und verbesserte Flureinteilung, genossenschaftliche Viehhaltung, Verwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, Versicherungswesen rc.); ferner die Verstaatlichung der Hypotheken und deren planmäßige Tilgung, so daß das Gemeinwesen an die Stelle der privaten Hypotheken-Gläubiger tritt. Der Zins wird durch allmählich abnehmende Annuitäten ersetzt, die endlich in eine mäßige Abgabe an Staat und Gemeinde übergehen. Die Entwicklung wird alsdann die Bauern von selbst zu rationellen Betriebsgenossenschaften und endlich zur gesellschaftlichen Produktion und zum gesellschaftlichen Eigentum führen. Bauernanwesen, die zur Zwangsversteigerung kommen, sind von den Gemeinden anzukaufen und zu verpachten."

Gewerkschaftliches.

Ein Streik der Damenschneider ist in Frankfurt a. M. ausgebrochen.

Der Stand der Tischler-Aussperrung in Berlin ist folgender: Bis zum Abend des 7. November kamen für den Holzarbeiterverband in Betracht: 864 Ausgesperrte, 836 Streikende, die zur Abwehr gegen die Aussperrung die Arbeit eingestellt haben, und 245 sonstige Streikende aus acht Betrieben. Dazu kommen 666 Klavierarbeiter, ferner aus Weißensee 50 Mann. Rechnet man hierzu 588 Arbeitslose, die sich bis zum selben Abend im Verbandsbureau gemeldet hatten, so erhält man eine Gesamtzahl von 3249. Von den Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeitern kommen 140, von den Polierern 130 Streikende und Ausgesperrte in Betracht.

Die Albumarbeiter, die im Buchbinder-Verbande organisiert sind, beschlossen in einer Versammlung, die Lohnkommission zu beauftragen, mit den Albumfabrikanten in Verbindung zu treten, um einheitliche Arbeits- und Lohnbedingungen für die Albumbranche zu erreichen. Sollten die Fabrikanten jedwede Verhandlung ablehnen, so hat die Lohnkommission geeignete Schritte zu tun, um die Einführung von Minimallöhnen, Mehrbezahlung für Ueberseierabendarbeiten, Erhöhung und Aushang der Akkordpreise zu erreichen.

Verantwortlicher Redakteur Adolf Thiele in Halle.

Vorläufige Anzeige!

„Das Paradies der Kinder"

C. F. Ritter's Weihnachts-Ausstellung

wird in den neuen Geschäftsräumen am Donnerstag den 17. November eröffnet.

Ganze Wirtschaft.
Möbel, Betten, Wäsche, Teppiche, Küchen-Geräte u. v. m. ist zu verkaufen. Zu erfragen von 9–12 Uhr vorm. und 2–5 Uhr nachm.
Fleischerstr. 37, 1 Tr.

Stube, K., K. sofort oder 1. Januar zu vermieten Jakobstr. 44, II l.

4! Spazierstöcke, neueste Muster, empfiehlt billigst **Ernst Karras jun.** Leipzigerstr. 4.

Schlafstelle offen Herrenstraße 22, 1 Tr.

Freitag Schlachtefest. Fr. Peters Blumenthalstraße 27.

Morgen Freitag Schlachtefest. Wilhelm Pötiger. Kellnerstraße 10 a.

Jeden Freitag groß. Schlachtefest. B. Schernitz Martinstraße Nr. 8.

Freitag Schlachte-Fest. J. Rause Advokatenweg 30.

Freitag Schlachte-Fest. Haring. Bernhardystraße 48.

Alle Schreibmaterialien empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041111-16/fragment/page=0003

Schuhwaren sehr billig im **Räumungs-Verkauf Grosse Ulrichstrasse 32.**

Konsumverein für Ammendorf u. Umgegend.

(E. G. m. b. H.)

Sonntag den 20. November 1904 nachmittags 3 Uhr im Saale der Brauhauschenke zu Beesen a. E.

ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1903/04. Prüfungsbericht des Aufsichtsrates und Berichterstattung über die stattgefundene Revision durch den Verbandsrevisor.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und über die Gewinn-Verteilung, Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes und Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern nach § 18 und 25 des Statuts. Nachwahl für ein Aufsichtsratsmitglied, welches freiwillig ausgeschieden ist und Wahl von zwei Ersatzmännern.
4. Anträge der Mitglieder. — Dieselben müssen bis zum 15. November bei dem Vorstand schriftlich eingereicht werden.
5. Geschäftliches.

Der Vorstand. Rich. Poesche. H. Brehme.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Ammendorf.

Sonntag den 13. November nachmittags 3½ Uhr im Restaurant zum Burgschlößchen in Burg bei Ammendorf

große öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. **Warum kann der Arbeiter nicht zu seinem Rechte gelangen?** Referent: Reichstagsabgeordneter **Ad. Thiele-Halle.** 2. Verschiedenes.

Da auch die örtlichen Verhältnisse kritisiert werden, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, dort zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Weissenfels.

Sozialdemokr. Verein.

Sonnabend den 12. November abends 8 Uhr in der Zentralhalle

Versammlung.

Tagesordnung.

1. **Der russisch-japanische Krieg und die Sozialdemokratie.** Referent: Reichstagsabgeordneter **Ad. Thiele-Halle.**
2. Diskussion.
3. Neuwahl des Vorstandes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokr. Verein Trebnitz.

Sonntag den 13. November nachm. 3 Uhr in Böttchers Restaurant

Monats-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Jahresbericht. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes.

Es ist zu erwarten, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Teuchern. Teuchern.

Sonntag den 13. November nachmittags 4 Uhr

Gr. öffentl. Bergarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1. **Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter in Mitteldeutschland.** Referent: **Nikolaus Dölle,** Bezirksleiter des Zeitz-Weißenfelser-Reviers. 2. Stellungnahme bezw. Wahl der Delegierten zur öffentlichen Bergarbeiterkonferenz in Halle a. S. — Das Erscheinen aller Bergarbeiter von Teuchern und Umgegend ist notwendig.

Die Vertrauensmänner.

Konsumverein zu Merseburg und Umgeg.

Sonntag den 20. d. Mts. nachm. 1 Uhr in der Funkenburg, hierselbst

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes; Entlastung desselben; Verteilung des Reingewinnes. 2. Bericht des Aufsichtsrates; Entlastung desselben. 3. Wahl eines Kontrolleurs. 4. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern. 5. Statutenänderung. 6. Anträge der Mitglieder.

Dieselben müssen bis zum 16. d. Mts. in den Händen des Vorsitzenden vom Aufsichtsrate, Genossen **A. Thieme,** Sittiberg 25, sein.

Zutritt nur gegen Mitgliedskarte. **Der Aufsichtsrat.**

Arbeiter-Bildungs-Verein zu Halle a. S.

(Zither-Abteilung.)

Sonnabend den 12. November abends 8½ Uhr im Saale des „Konzerthauses" (Karlstr. 14)

Zither-Konzert

nebst darauffolgendem **Kränzchen** m. freier Nacht. Kinder unter 10 Jahren werden nicht zugelassen. Eintritt 20 Pf. f. Nichtmitgl. Zu zahlreichem Besuche ladet ein **D. V.**

NB. Mittwoch den 16. Nov. (Bußtag) abends 7 Uhr im „Gold. Hirsch": **Projektionsvortrag** des Herrn **Rich. Laube-Leipzig** mit ca. 100 Riesenbildern über: **„Ost-Asien. Land und Leute".**

Kursusliste für Deutsch, Buchführung liegt noch aus im „Konzerthaus".

Gesundheitspflege: Freitag den 11. d. M. im „Konzerthaus", erste Zusammenkunft 2c. — Teilnehmer werden noch dselbst aufgenommen.

Theaterabend: Sonntag den 27. November im Bellevue. Zur Aufführung gelangt: **„Der Revisor",** Komödie in 5 Akten.

Gr. Märkerstrasse 2, am Markt.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Die Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Freitag den 11. November 1904
57. Abonn.-Vorstell. 1. Viertel.
Beamtenkarten ungiltig.
8. Gastspiel der Operettensängerin **Maria Forescu.**
Novität! Zum 3. Male: Novität!

Frühlingsluft.

Operette in 3 Akten. Nach dem Französischen von Karl Lindau u. Julius Wilhelm. Musik nach Motiven von Joseph Strauß.

Sonnabend den 12. November 1904
58. Abonn.-Vorst. 2. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Novität! Zum 1. Male: Novität!

Maria Theresia.

Historisches Lustspiel in 4 Akten von Franz Schönthan.

Neues Theater, Halle a. S.

Freitag den 11. November. Anf. 8½:
TRAUMULUS.

Walhalla-Theater

Jeden Abend konkurrenzlose

Künstler-Vorstellung.

Man beachte das Inserat am

Sonnabend und am Sonntag.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Sensationeller Erfolg von Havemann's

Raubtier-Schule

6 Löwen, 1 Königstiger, 1 Leopard, 3 Bären, 1 Hyäne, 1 Schweißhund.

Einzig in der Welt existierende Dressurmethode!

Außerdem: **das große Prachtprogramm.**

Billig.

Alles getragen aber gut erhalten

300 getr. Winter- u. Herbstüberzieher
200 getr. Eisenbahn- u. Kommißmänt. sowie Zivilmäntel, Joppen 2c.
200 getr. Herrenjackett- u. Rockanz., einz. Hos., Weit., Jackets, Jopp. 2c.
200 neue u. getr. Halb- u. Langstiefel., Stiefeletten, Holzschuhe 2c.
200 getr. Taschenuhren, Uhrk., Operngucker, Ziehharmonikas, Geigen 2c.
500 Militärhandschuhe a Paar 25 Pf.

Alles billig.

Schülershof 1. Redner.

Gesangverein Freie Sänger.

Zu dem am **Sonnabend den 12. November, abends präzis 8½ Uhr** im **Goldenen Hirsch, Leipzigerstraße,** stattfindenden

X. Stiftungsfest,

bestehend in **Gesangs- und Instrumental-Konzert** mit darauffolgendem **Ball** ladet Freunde des Gesanges sowie Gönner des Vereins höflichst ein **Der Vorstand.**

NB. **Sonntag den 13. Nov.** von nachmittags 4 Uhr ab ebendaselbst

Kränzchen.

Zitterfeld. Zitterfeld.

Freie Turner

Sonntag d. 13. Nov. abds. 7½ Uhr im Vereinslokal Hohenzollern

BALL.

Ohne Karte keinen Zutritt. **Der Vorstand.**

Orchester-Verein, Naumburg a. S.

empfiehlt sich bei vorkommenden **Musik-Aufführungen.**

Karl Gödecke, Dirigent.

Wohnung: „Fürst Blücher".

Zeitz. Kämpfes Restaurant, Zeitz.

Schützenstr. 8.

Sonntag den 13. November

Klavier-Vorträge.

ff. Speisen und Getränke.

Um zahlreichen Besuch bittet **Konrad Kämpfe.**

Empfehle höflichst

farbiges Seidenpapier, fortiert, 480 Bogen, **3.25 Mk.,** Kreppapier in Rollen, à Rolle 10, 25 u. 30 Pfg. für Lampenschirme, Schneeballblätter und Schläge. **Alle Schulartikel u. Schreibwaren. M. Morgner,** H.-Giebichenstein, Advokatenweg 21.

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie.

Erläuterungen zum Erfurter Programm.
Von **Karl Kautsky** und **Bruno Schönlank.**
Preis 10 Pf.

Bremer Parteitags-Protokoll.

Geb. 1 Mk., broich. 70 Pf.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,** Geiststr. 21.

Verband deutscher Bergarbeiter.

Zahlstelle Zangenberg.

Sonntag den 13. Nov. 1904 vormittags ½11 Uhr bei Kämpfe, Schützenstraße

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Beratung über die Vorstandsvorlage. 2. Geschäftliches und Verschiedenes.

Alle Mann zur Stelle. **D. V.**

Einladung

zu Wahlterminen d. Mitglieder der Ortskrankenkasse zu Schkeuditz.

Die alle drei Jahre stattfindende Wahl von **Vertretern für die General-Versammlung** findet nach den Bestimmungen des § 48 unseres Statuts diesmal statt am

Montag, den 14. November, abends

und zwar für

alle sonstigen Betriebe incl. Landwirtschaft von 8 Uhr ab:
22 Vertreter

Eisenindustrie 8½ Uhr:
12 Vertreter

beide im oberen Saale des Lindenhofs, Bahnhofstraße.

Ferner: **Bekleidungsindustrie**
8 Uhr: 19 Vertreter

Holz- und Baufach 8½ Uhr:
23 Vertreter

beide im unteren kleinen Saale des Lindenhofs, Bahnhofstraße

zusammen 76 Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die **Arbeitgeber** wählen in ungeteilter Versammlung im **Ratskellersaale abends 8 Uhr** 38 Vertreter aus ihrer Mitte; ev. können auch Geschäftsführer und Betriebsämte der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber gewählt werden.

Schkeuditz, den 5. November 1904.

Der Vorstand Oskar Wenzel.

Wilde Kaninchen

sind von jetzt ab vorrätig bei

Franz Vogel, Kurfürstenstr. 79.

Bitterfeld

„Hohenzollern"

Sonntag u. Montag den 13. u. 14. Nov.

Kirmesschmaus.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Es ladet ergebenst ein **G. Menzel.**

Konsumverein f. Ammendorf u. Umg.

(E. G. m. b. H.)

Wir suchen per 15. November oder 1. Dezember

zwei tücht. Verkäuferinnen

zur **Aushilfe bis Weihnachten.**

Eventuell wird eine Dame als **Kassiererin** fest angestellt.

Wir bitten schriftliche Offert. persönlich abzugeben. **Die Verwaltung.**

Wenn Sie sich elegant und nach neuester Mode **Billig** einkleiden wollen, so finden Sie, wie immer, schon seit Jahren bekannt, eine große Auswahl

14 Marktplatz 14

„Renners Kaufhaus."

In dieser Saison gibts in enormen noch nie dagewesenen großen Sortimenten in nur neuesten Mustern

Winterpaletots

für Herren, Burschen u. Knaben, mit schrägen und geraden Taschen, in □, gestreiften u. glatten Stoffen a 8, 10, 12, 15, 18, 20, 24, 30 M. usw.

Winterjoppen mit u. ohne Falten a 3½, 4½, 6, 8, 10, 12 M. usw. —

Herren- und Burschen-Jackett Anzüge in wirklich sehenswerter Musterw. à 10, 12, 15, 20, 24, 30 M. 2c., ferner **enorm große Auswahl** in **Jagdwesten, Unterhosen.**

Arbeiterhosen in hundertfacher Auswahl, **1000 Stück** Wintermützen u. Hüte, **alles spottbillig.**

Renners Kaufhaus,
14 Marktplatz 14.

Hausarbeiter,

die bereits **Bodenbeutel** gefleht haben, finden gute Beschäftigung.

Hall. Papierwarenfabrik, Thomaiusstr. 38.

Entlaufen

ein jung. schwarz. **Dachshund,** Name des Unterzeichneten auf dem Halsband. Abzugeben gegen Bel. bei **Dir. Osterloh,** Königstr. 84.

Ansichtspostkarten

empfiehlt in großer Auswahl **Die Volksbuchhandlung.**

Nach langen, in Geduld ertragenen Leiden, entschlief heute nachmittag 5¾ Uhr unsere liebe, gute Mutter, Schwieger-, Groß- u. Urgroßmutter

Auguste Thurm,

geb. **Richter,**

im 75. Lebensjahre.

Stille Teilnahme erbitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halle a. S., 9. Nov. 1904.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190411 11-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 266. Halle a. S., Freitag den 11. November 1904. 15. Jahrg.

An die Parteigenossen des Regierungsbezirks Merseburg.

Parteigenossen!

Auf dem letzten Bezirkstag in Halle wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die zu prüfen habe, ob die jetzigen Organisationsverhältnisse im Regierungsbezirk genügen. Zugleich sollte diese Komission der Frage näher treten, ob sich für den Bezirk die Anstellung eines Parteisekretärs befürworten läßt. Die Kommission unterbreitet nun im Nachstehenden das Resultat ihrer Beratungen den Parteigenossen in allen acht Wahlkreisen des Regierungsbezirks und erhofft von ihnen, daß sie nach gründlichster Besprechung dem Projekte ihre Zustimmung geben!

Es kann nicht verkannt werden, daß die Parteiverhältnisse im ganzen Bezirk noch sehr der Aufbesserung bedürfen. Sowohl die Zahl der Organisationen selbst wie auch die Zahl der Organisierten ist gering. Ebenso verhält es sich mit der Zahl der Abonnenten des Volksblatts, wenn erwogen wird, daß bei der letzten Reichstagswahl im Bezirk über **80 000** sozialkratische Stimmen abgegeben wurden, daß also die Zahl der Anhänger der sozialdemokratischen Lehre sehr bedeutend ist. Wenn auch zugegeben werden muß, daß unter diesen 80000 eine Anzahl Leute sich befinden, die zwar sozialdemokratisch denken und wählen, sich aber sonst ihrer wirtschaftlichen Stellung nach nicht offen zur Partei bekennen können, so befinden sich doch unter den 80000 noch Zehntausende von Arbeitern und Angehörigen andrer Kreise, so daß die geringe Zahl der politisch Organisierten und Leser des Volksblatts geradezu Befremden erregen muß. Und um so mehr muß das der Fall sein, als alljährlich seitens der Partei für Gewinnung von Genossen und Lesern überall agitiert und gearbeitet wird. Wenn also dennoch der Zugang von Mitgliedern und Lesern keine so schnellen Fortschritte macht, als möglich wäre, so müssen die Ursachen auf anderem Gebiete liegen.

Nun haben sich seit Jahren sowohl die Kreistage der einzelnen Wahlkreise, wie besonders auch die Bezirkstage der acht Kreise mit den Organisationsverhältnissen beschäftigt. Als die beste Organisationsform wurde die zentralistische anerkannt, die sich je über einen Wahlkreis erstreckt. Aber auch in dieser Beziehung sind keine großen Fortschritte zu verzeichnen. Nur Halle, Zeitz-Weißenfels und Merseburg-Querfurt haben diese Einrichtungen getroffen und immerhin einige Tausend Mitglieder gewonnen. In den übrigen fünf Kreisen ist noch nicht viel von einer solchen Organisation zu erblicken. Und doch ist nicht ausgeschlossen, daß bei vergrößerter Tätigkeit auch in diesen Kreisen noch mehr hätte geschaffen werden können. Die Bezirkstage haben deshalb schon eine Bezirkskommission eingesetzt, die in den zurückgebliebenen Kreisen Agitationstätigkeit entfalten sollte. Aber nachdem nun auch diese Kommission jahrelang bestanden hat, sind Vorteile wesentlicher Art nicht erzielt worden, das ist auch ganz natürlich und begreiflich.

Die bisherigen Kreisvertrauensleute und die Mitglieder der Bezirkskommission haben alle genügend Arbeit in ihren beruflichen Stellungen. Wenn sie daneben noch Parteiarbeiten verrichten — und sie haben das samt und sonders gern getan — dann kann diese Arbeit in Anbetracht der Zeit, die auf sie verwandt werden kann, immer nur eine geringe sein. Den Beweis hierfür liefern jene Kreise, in denen wir Fortschritte hatten. Hier hatten Genossen die Vertrauensposten inne, die sich in unabhängigen Stellungen befinden und demgemäß sich bedeutend mehr der Parteiarbeit widmen konnten. Wäre es zu ermöglichen, auch in den übrigen Kreisen Genossen derartig wirtschaftlich zu stellen, daß sie der Partei dienen können, so würden selbstverständlich auch diese Kreise profitieren. Das ist aber unter den heutigen Verhältnissen unmöglich. Es bleibt nur übrig die Anstellung eines Genossen für den ganzen Bezirk.

Es ist ganz erklärlich, wenn diese Ansicht anfänglich auf den Widerstand mancher Genossen stößt. Muß sich doch jede Neuerung erst Bahn brechen und Anhänger gewinnen. So gut aber wie Gewerkschaften und Genossenschaften zur Regelung ihrer Geschäfte angestellte Personen benötigen, ebensogut muß auch die Partei Personen haben, die die obliegenden Arbeiten zu vollziehen haben.

Ein angestellter Parteigenosse — nennen wir ihn Bezirkssekretär — müßte vor allen Dingen in den zurückgebliebenen Wahlkreisen Anknüpfungen suchen, die überall leicht zu finden sind, denn in fast jedem Orte gibt es Genossen. Er müßte und kann hier für Gewinnung von Mitgliedern und Errichtung von Organisationen tätig sein. Und wenn der Bezirkssekretär dazu die nötige Geschicklichkeit hat und zu seinem Amte die gehörige Lust und Liebe mitbringt, dann gelingt ihm diese Arbeit mehr, als es sich mancher Genosse heute träumen läßt.

Der Sekretär kann ferner für Gewinnung von Lokalen arbeiten. Er kommt mit den Wirten zur geeigneten Zeit zusammen und kann sich mit ihnen gründlich aussprechen, nicht wie es jetzt meist der Fall ist, nur bei zufälligem, kurzen Aufenthalte die Frage berühren.

Der Sekretär kann allen Genossen mit Rat und Tat beispringen. Er muß überall, wo es nötig ist, selbst eingreifen und anregen. Durch seine Hände gehen die Fäden der ganzen Bewegung. Selbstverständlich muß ihm in dem Orte, in dem er seinen Sitz hat, eine Kommission zur Seite gestellt werden, die in allen Fragen zu beschließen hat.

Durch den Sekretär kann veranlaßt werden, daß alle gewerkschaftlich Organisierten auch der politischen Organisation beitreten. Er muß Anregungen geben, wie planmäßig für die Erringung von Volksblattlesern agitiert werden kann.

Auf alle öffentlichen und wichtigen Vorkommnisse hat der Sekretär aufmerksam zu machen. Er muß dafür sorgen, daß zu ihrer Besprechung überall Versammlungen stattfinden und daß zu diesen Versammlungen auch die Referenten zu haben sind. Die Referentenfrage selbst kann bedeutend einheitlicher und zweckentsprechender — auch billiger — gestaltet werden, ebenso die Art und Weise, daß Versammlungen schnell und wirksam bekannt werden.

Der Sekretär ist auch im stande, in jedem Ort für die Partei arbeiten zu können. Oftmals scheitert das Zustandekommen einer Organisation daran, daß nicht geeignete Genossen dort vorhanden sind. Oder waren geeignete Genossen vorhanden und wurden sie zum Verlassen des Ortes gezwungen, dann geht die ganze Bewegung wieder ein, weil ein zweiter Genosse sich nicht auch der Gefahr der Maßregelung aussetzen will. Hier kann der Sekretär eingreifen. Er hält Fühlung mit den Genossen und veranlaßt, daß entweder durch ihn selbst oder durch Beauftragte dort diejenige Parteiarbeit besorgt wird, durch die ein anderer Genosse geschädigt werden könnte. So bleiben uns die Genossen im Orte erhalten, bis bessere Verhältnisse angebrochen sind. In dieser Beziehung haben oftmals die bisherigen Kreisleitungen versagt, weil sie keine Hilfe wußten.

Die Agitation im Bezirk kann im ganzen einheitlicher ausgestaltet werden. Heute haben wir es so, daß die Genossen eines Kreises weite Fahrten unternehmen müssen, um nach Orten ihres Wahlkreises zu gelangen, die neben anderen Wahlkreisen liegen. Von letzteren aus hätte diese Arbeit aber ebenso gut gemacht werden können und außerdem bedeutend billiger. Es kann also eine andere Bezirkseinteilung geschaffen werden, in denen dann agitiert wird von geeigneten Kräften. Daß bei den Wahlen die richtigen Stimmzettel in jeden Bezirk kommen, ist ja ein leichtes, besonders wenn unsere Genossen in den Agitationskolonnen gut vorgebildet sind. (Fortsetzung folgt.)

Der Jahresbericht der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

II.

Der erste Artikel in Nr. 262 des Volksblattes, der sich mit dem Jahresberichte obiger Versicherungsanstalt befaßte, ging in der Hauptsache auf die von der Versicherungsanstalt am Beginndieses Jahres in zwei Kreisen vorgenommenen Entziehungen der Invalidenrente ein. Da die Versicherungsanstalt diese Nachuntersuchungen, sofern und soweit ihr solches erforderlich erscheint, allmählich kreisweise vornehmen lassen will, so eröffnen sich nette Aussichten für die Invalidenrentner. Da man aber auch eine verschärfte Prüfung der zu den Rentenanträgen beigebrachten ärztlichen Gutachten überhaupt eintreten lassen will, so fällt es heute schon manchem Invaliden schwer, einen Arzt zur Ausstellung eines Gutachtens zu finden. Wer nämlich Invalidenrente beantragt, muß dazu ein ärztliches Gutachten beibringen. Eine alte Frau wandte sich vor einigen Wochen zu diesem Zwecke an Herrn Dr. Küstner in Halle. Dieser Arzt schrieb der Frau folgendes auf ein Rezept:

„Ich stelle Invaliden-Atteste nicht mehr aus, da dieselben regelmäßig dem Herrn Kreisarzt zur Begutachtung vorgelegt werden."

Für dieses offene Eingeständnis kann man einerseits Herrn Dr. Küstner dankbar sein, andererseits wäre es aber Pflicht der Aerzte, gegen jedwede Bevormundung durch die Kreisärzte energisch Front zu machen. Die Folge davon, daß die Herren Atteste nicht mehr ausstellen, ist einfach die, daß die Erlangung der Invalidenrente dadurch wesentlich erschwert wird.

Die Versicherungs-Anstalt schreibt nun in ihrem Jahresbericht: „Auch aus den anderen Kreisen, wo eine Nachprüfung noch nicht stattgefunden hat, das Vorgehen aber jedenfalls bekannt geworden sein dürfte, minderten sich die Anträge, denn es betrug die Summe aller bei uns eingegangenen Invalidenrenten-Anträge im ersten Halbjahr 1903 5311, im ersten Halbjahr 1904 dagegen 4749, die Zahl der Bewilligungen im ersten Halbjahr 1903 4976, im ersten Halbjahr 1904 dagegen 4362, und die Zahl der Ablehnungen im ersten Halbjahr 1903 338, im ersten Halbjahr 1904 aber 478." Also weniger Anträge gingen ein, weniger Bewilligungen erfolgten, aber desto mehr Ablehnungen traten ein. Das ist die sozialpolitische Fürsorge in Merseburg. Weiter liefern diese Zahlen auch den Beweis, daß es leider heute schon mehrere Aerzte gibt, die, wie Dr. Küstner-Halle, Gutachten nicht mehr ausstellen.

Da die Invalidenrenten nicht allzu hoch sind und alleinstehende alte Leute mit derselben selbst ihren notdürftigsten Lebensunterhalt nicht bestreiten können, gestattet das Gesetz den Versicherungsanstalten die Errichtung von Invalidenheimen. Die Versicherungsanstalten der Hansestädte, Berlin, Braunschweig und Thüringen haben bereits derartige Invalidenhäuser. Die Landesversicherungsanstalt Hannover hat sogar ein Gut gekauft, wo der in einer Heilanstalt Behandelte sich eventl. ein ganzes Jahr lang nachher erholen und an Arbeit gewöhnen kann. Auch für derartige soziale Einrichtungen fehlt in Merseburg das nötige soziale Verständnis, denn schon auf der dritten Seite des Berichts heißt es hierüber: „Was die von einem Mitgliede des Ausschusses angeregte Frage der Invalidenhauspflege bezw. Errichtung von Invalidenheimen anlangt, so ist ein darauf hindrängendes Bedürfnis noch nicht hervorgetreten. Bislang sind überhaupt nur 7 Anträge auf Gewährung von Invalidenhauspflege gestellt worden. Unter diesen Umständen haben wir es einstweilen nicht für angezeigt erachten können, jener Anregung weitere Folge zu geben. Wir werden aber die Sache auch ferner im Auge behalten." Es ist einfach köstlich; weil erst 7 Anträge gestellt worden, betrachtet der Vorstand die Errichtung eines Invalidenhauses für verfrüht. Was nützt den armen Invaliden denn die Stellung eines Antrages, wenn sie von vornherein wissen, daß ein Invalidenhaus ja doch nicht vorhanden ist und aus diesem Grunde der Antrag abgelehnt werden muß? Mag die Versicherungsanstalt nur ruhig ein Invalidenheim errichten, die Anträge werden schon kommen. Mag aber auch der Ausschuß die Sache im Auge behalten und energisch die Errichtung eines solchen Heims verlangen.

Was nun die Entrichtung der Beiträge und die Kontrolle anbetrifft, so klagt der Bericht noch immer über die Mangelhaftigkeit der leider schwer zu kontrollierenden Markenverwendung für unständige Arbeiter. In 1770 Fällen mußten säumige Arbeitgeber mit insgesamt 8451 M. bestraft werden. Der Mindest- und Höchstbetrag der Strafen schwankte zwischen 1 M. und 75 M., ihr Durchschnittsbetrag belief sich auf 4.21 M. Das Gesetz läßt hier Strafen bis zu 300 M. zu. Die Beitragsmogelei der Unternehmer kann nur dadurch eingedämmt werden, wenn hier strengere Bestrafungen Platz greifen. Dies ist insofern erforderlich, als durch die unterlassene Markenverwendung die Versicherten gegebenenfalls ganz erheblich geschädigt werden können und die Nachverwendung von Marken gesetzlich nur für die 2 letzten Jahre zuläßig ist. Die Beitragsmogelei scheint nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Lande eine Rolle zu spielen.

Der § 4 des Invalidenversicherungsgesetzes räumt dem Bundesrat die Befugnis ein, zu bestimmen, daß Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist und die nach Ablauf dieser Zeit in das

Stadt-Theater.

Don Carlos. Trauerspiel von Friedrich Schiller. Die gestrige Gedenkfeier zu Schillers Geburtstag fand vor leidlich besetztem Hause statt. Dank der ausgegebenen Schülerbilletts war die Schar der Schillerverehrer groß genug, von einer einigermaßen würdigen Feier reden zu dürfen. Wenn die großen und kleinen Verehrer unseres größten Bühnendichters sich aber etwas ruhiger verhalten hätten, würden sie sich den Dank der weniger feiernden, dafür aber lieber hörenden Besucher verdient haben. Wir geben gern zu, daß eine fast vierstündige Vorstellung große Anforderungen an die Nerven, auch die des Magens stellt, so gut aber bei Wagneropern diese Ausdauer vorhanden ist, könnte sie auch wohl bei einer Festfeier wenigstens gezeigt werden. Ueber die gestrige Vorstellung ließe sich viel sagen, wenn man geneigt wäre, mit dem Seziermesser die Darstellung und Auffassung jedes einzelnen Künstlers zu behandeln. Anerkannt soll gern werden, daß alle Künstler redlich bemüht waren, ihrer Rolle gerecht zu werden. Auch die Regie verdient Anerkennung. Es ist wohl begreiflich, wenn Kürzungen des Textes vorgenommen werden, ja, solche Kürzungen sind geradezu notwendig, um nicht bis über Mitternacht hinauszuspielen, aber uns scheint es richtiger, nach Möglichkeit nicht ganze Szenen zu streichen, sondern in den Szenen lieber Kürzungen der Verse vorzunehmen. Gestern fehlte beispielsweise die Szene des Großinquisitors, die zum Verständnis des Werkes, als Gegenstück zu dem nach Freiheit ringenden Posa, unerläßlich ist. Zur Aufführung selbst möchten wir noch anführen, daß bei aller Anerkennung der einzelnen Leistung der Künstler nicht verschwiegen werden darf, daß sie nicht alle die Gefahr vermieden haben, die bei Aufführung Schillerscher Werke leicht eintritt. Schillersche Verse verleiten leicht zu übertriebenem Pathos, und diese Einwirkung konnte auch gestern abend bemerkt werden. Selbst ein so ruhiger und sicherer Darsteller, wie Herr Götz, ging gestern weit über die vorgeschriebene Intention hinaus; sein Ruf „Königin!" war ein einziger unartikulierter Aufschrei, der nicht verständlich war. — Trotz solcher kleinen Mängel war aber der Gesamteindruck ein gewaltiger. Es ist nur schade, daß der große Umfang des dramatischen Gedichts nicht eine lückenlose Aufführung erlaubt.

F.

Kleines Feuilleton.

Der letzte von der Kompagnie. Eine entsetzliche Szene von dem Schlachtfelde von Liaujang wird jetzt in sibirischen Zeitungen geschildert: Bei einem plötzlichen Ueberfall, den in einem Felde von Hirse versteckte Japaner unternahmen, wurden fast 2000 Mann eines einzigen russischen Regiments getötet und verwundet. Von sechs Kompagnien entkamen nur zwei oder drei Mann unverletzt. Die Kompagnie des Kapitäns Sch. wurde völlig aufgerieben, und er selbst war der einzige Mann seiner Abteilung, der, wenn auch leicht verwundet, doch lebend dem Blutbade entkam. Seine Leute waren in dichten Reihen hingemäht worden. In der Nacht darauf verschwand Sch.; sein seltsames, sonderbares Wesen war schon vorher aufgefallen; nun ging ein Kamerad ihn zu suchen. Er fand ihn auf der Walstatt, wo die unbegrabenen Leichen noch lagen, da weder Japaner noch Russen sich zu nähern wagten. Sch. saß auf einem Steine. Vor ihm lag in einer Reihe von kleinen Haufen seine ganze Kompagnie, die er zusammengeschleppt hatte, darunter auch seine beiden jungen Leutnants. „Wie?" schrie er den hinzutretenden anderen Offizier an, „was sagen nun meine Leute zu meiner Feigheit? Ich liege ja nicht bei ihnen, ehrlich vor dem Feinde gefallen." Der andere nahm Sch. ruhig beim Arm, doch der stieß ihn rasend zurück. Ein Wahnsinnsanfall hatte ihn übermannt, er glaubte sich mitten im Kampf und schrie: „Seid Ihr alle da, meine Jungens? Sergeant Manin, hinter mir her. Vorwärts! Vorwärts!" Dann wieder fing er an die Körper zu zählen, redete sie freundlich an und trieb auf dem Leichenfelde einen grausen, unheimlichen Spuk. Nur mit Gewalt konnte man den Offizier, der dem Tode entgangen war, um in Wahnsinn zu verfallen, fortbringen.

Die grausamen Kriegsberichterstatter. Randglossen eines Zeitungslesers zum ostasiatischen Krieg liefert Eduard Engel in der Magdeburger Zeitung. Wie schon während des Burenkrieges führt Engel auch diesmal eine Liste über die von den Zeitungstelegrammen (meist englischen Ursprungs) hingemordeten und verwundeten Soldaten der feindlichen Armeen. Grausameres, schreibt er, gibt es auf Erden nicht, als einen Kriegsberichterstatter, er reite über ein wirkliches Schlachtfeld, oder er sitze auf dem behaglichen Redaktionsstuhl in der friedlichen Heimat. Zahlen mit nur zwei Nullen erscheinen ihm unter der Würde der modernen Presse, und da ihm die Tötung von 5000 Mann, die Wegschaffung von 10000 Gefangenen, die Unterbringung und Verpflegung von 30000 Verwundeten nicht mehr kostet, als wenn es sich nur um den zehnten Teil oder den hundertsten all jener Opfer des Krieges handelt, und da der Leser durch eigenes Gelüsten wie durch seine lange Zeitungserziehung die langen runden Zahlen gleichfalls den verächtlichen kleinen vorzieht, so wird von den friedfertigen Redakteuren in London kartätscht, in die Luft gesprengt, durch Melinit in Atome verwandelt, verstümmelt, verwundet und gefangen, was man nur irgend dem abgestumpften Leser bieten zu dürfen glaubt. Nach meiner doppelten Buchführung sind auf russischer Seite nach englischen Telegrammen bis jetzt getötet und verwundet 4 397 700 Mann, auf japanischer Seite, diesmal allerdings nach Telegrammen aus Petersburg, 5 728 800 Mann. Es sind noch ein paar mehr auf beiden Seiten, ich runde aber ab. Japanische Schiffe sind nach Meldungen aus Petersburg gänzlich vernichtet oder unheilbar beschädigt worden 732; von den Japanern sind nach englischen Meldungen 848 russische Schiffe in den Grund gebohrt, in die Luft gesprengt oder sonst kampfunfähig gemacht worden. Sämtlich Kriegsschiffe, denn auf die Handelsschiffe habe ich bei meiner Buchführung nicht geachtet.

Unfreiwilliger Aufsatzhumor. Der Voss. Ztg. wird von einem Lehrer geschrieben: Bekanntlich ist die ermüdendste und aufreibendste Arbeit, die es für einen Lehrer geben kann, die Korrektur der Hefte; eine Ausnahme machen da die Aufsätze: Hier kann man, wie im Unterricht selbst, Charakterstudien machen, weil hier dem Schüler-Individuum Raum gelassen ist, sich nach seiner Eigenart auszudrücken, und hier bleibt, was oft für den korrigierenden Teil eine wahre Erfrischung ist, Raum für den Humor. Das zeigt sich beim Sextaner bis hinauf zum Herrn Primaner. So schreibt ein kleinerer Schüler bei der Schilderung seiner Umgebung auf dem Landgute seines Vaters: „Mein Horizont ist mit Bäumen bewachsen." Ein anderer faßt die Nibelungensage nach seiner Art auf: „Um sich vor Brunhild zu verbergen, setzte sich Siegfried eine Tranekappe auf den Kopf." Eine etwas pessimistische Auffassung liegt in dem Satz: „Das Drama ist ein Stück, in welchem der Held endigt." Offenbar wenig Ahnung von den heutigen teuren Lebensmittelpreisen hat ein Mathematikus, der eine Aufgabe folgendermaßen lösen will: „Seine Kinder bildeten eine unendliche geometrische Reihe." — Einer Beschreibung des Rheinstromgebietes entstammt ein offenbar durch biblische Lektüre beeinflußter Satz: „Die Ahre entspringt auf den Finsteraaron." Wie wünschenswert Luthers Auftreten war, beweist der Satz: „Die Mißbräuche, welche in die christliche Kirche eingedrungen waren, hatten seit langer Zeit das Bedürfnis, durch eine Reformation entfernt zu werden." Etwas materiell angehaucht klingen die Sätze: „Es gibt Berufsarten, welche viel Irdisches mit sich bringen" und „Auch das Fleisch des Pferdes wird gegessen, aber da meist nur alte Tiere geschlachtet werden, so hat der Mensch gegen dieses Fleisch etwas Widerliches an sich." Wie tief mancher Primaner schon in das Verständnis der Goetheschen Lyrik eingedrungen ist, beweist ein Zitat aus der „Euphrosyne" in folgender Schreibweise: „Wehmut reißt durch die Seiten der Brust."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041111-16/fragment/page=0005

Ausland zurückkehren müssen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Sofern eine solche Bestimmung getroffen wird, haben Arbeitgeber, welche solche Ausländer beschäftigen, denjenigen Betrag an die Versicherungsanstalt zu zahlen, den sie für die Versicherung der Ausländer aus eigenen Mitteln würden entrichten müssen, wenn deren Versicherungspflicht bestände.

Die von unseren Agrariern beschäftigten russisch- und östreichisch-polnischen Saisonarbeiter sind nun von der Versicherungspflicht befreit, aber die Herren Notleidenden bemogeln zu einem Teile die Versicherungsanstalt nach wie vor um Beiträge. Es heißt darüber im Bericht: „Die Entrichtung der von den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebern für die in ihren Betrieben beschäftigten russisch- oder östreichisch-polnischen Saisonarbeiter zu zahlenden Beiträge erfolgt noch immer nicht regelmäßig. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitgebern muß immer wieder von neuem durch die Kontrolle auf ihre desfallsigen Pflichten hingewiesen werden. Auch Hinterziehungen sind nicht ausgeschlossen." Hier kann sich die Versicherungsanstalt nur durch Verhängung hoher Geldstrafen schadlos halten

Die Herren Agrarier sind sowieso schon bezüglich der Entrichtung der Beiträge nicht so schlecht gestellt. Die niedrigen ortsüblichen Tagelöhne auf dem Lande gestatten die Verwendung von niedrigen Marken. Dadurch verringern sich namentlich in den östlichen Provinzen die Einnahmen der Versicherungsanstalten. Hier hat die Gesetzgebung derart Vorkehrung getroffen, daß die Versicherungsanstalten ihre Einnahmen in Gemein- und Sondervermögen teilen müssen. Von jeder Mark Einnahme kommen 60 Pf. zum Sonder- und 40 Pf. zum Gemeinvermögen. Mit dem Gemeinvermögen wird denjenigen Versicherungsanstalten, in denen das landwirtschaftliche Gewerbe überwiegt, unter die Arme gegriffen. Nach dem Bericht haben davon die Versicherungsanstalten Ostpreußen und Niederbayern den größten Vorteil gehabt, während die Versicherungsanstalten der Hansestädte und Berlin am meisten zuzahlen mußten. Nach dem Ausgleich an Kapitalwerten wurde hier unsere Versicherungsanstalt mit 118 080.01 M. belastet und um 136 634.90 M. entlastet, die Entlastung überwog demnach noch um 18 554.89 M.

Die Herren Aerzte sind nach dem Bericht auch nicht zu schlecht weggekommen. Wer Antrag auf Rente oder Uebernahme des Heilverfahrens stellt, muß dem Arzt für Ausfüllung des erforderlichen Formulars 3.— M. zahlen. Hierzu zahlte die Versicherungsanstalt dem Arzt früher noch 3.— M., sei dem 1. Mai 1903 jedoch 5.— M. als Zuschußhonorar. An Zuschußhonorar zahlte die Vers.-Anstalt im Jahre 1902 32 373 M., 1903 51 482.78 M. und im ersten Halbjahr 1904 30 898.42 M. Nach dem Bericht ist das Anwachsen nicht allein auf die Erhöhung des Zuschußhonorars, sondern auch auf die gesteigerte Zahl der ärztlichen Gutachten infolge der schärferen Prüfung der Invalidenrentenantragsteller, sowie der intensiveren Kontrolle der Rentenempfänger zurückzuführen. Bei dem „Wehen des scharfen Windes" sind wir so begehrlich, einfach zu verlangen, daß die Vers.-Anstalt die gesamten Kosten für die ärztlichen Untersuchungen übernimmt. Dann sind wenigstens die Hunderte von Antragstellern sicher, im Falle der Ablehnung ihres Antrages die 3.— M. nicht zum Fenster hinausgeworfen zu haben.

Altersrenten wurden im Jahre 1903 bewilligt 1010, Invalidenrenten 8747. Die Zahl der im laufenden Jahre (1904) eingegangenen Invalidenrentenanträge stellt sich gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 10 Proz. geringer. Dies beweist deutlich, daß ärztliche Gutachten im allgemeinen schwerer zu erlangen sind. Alles zum Vorteil der Versicherungsanstalt. Am Schlusse des Jahres 1903 bezogen von unserer Versicherungsanstalt Altersrente 10 815 Personen, Invalidenrente 32 814, Krankenrente 297, insgesamt 43 926 Personen. Die Renten betragen pro Jahr 6 139 071,80 M. Die durchschnittliche Höhe der Altersrente belief sich auf jährlich 139.89 M., der Invalidenrente auf 139.65 M. und der Krankenrente auf 146.78 M. Die niedrigste Altersrente belief sich auf 106.80 M., die höchste auf 228.60 M., die niedrigste Invalidenrente betrug 111.— M., die höchste 214.80 M., die niedrigste Krankenrente 115.20 M., die höchste 208.20 M. Das Durchschnittsalter der Rentenempfänger betrug bei den im Jahre 1903 in Zugang Gekommenen bei den Altersrentnern 70, Invalidenrentnern 56 und bei den Krankenrentnern 39 Jahre.

Die Uebernahme des Heilverfahrens beantragten im Jahre 1903 insgesamt 1226 Personen. Nur für 575 Personen wurde das Heilverfahren übernommen, 651 Versicherte wurden abgewiesen. Im ersten Halbjahre 1904 gingen 692 Anträge ein; das Heilverfahren übernommen wurde hiervon für 313 Personen. Von den 575 Personen, für die das Heilverfahren im Jahre 1903 übernommen wurde, gelangte dasselbe durch Krankenhauspflege, Heilstättenbehandlung u. s. w. bei 524 Versicherten zum Abschluß, und zwar bei 388 Männern und 136 Frauen. Die durchschnittliche Zahl der Verpflegungstage der in Heilbehandlung Aufgenommenen betrug 75 gegen 72 im Jahre 1902. Die Kosten stellten sich pro Tag auf 4.36 M. gegen 4.45 M. im Jahre 1902. Die Kosten des Heilverfahrens betrugen 1903 insgesamt 175 154.76 M.; von Krankenkassen wurden der Versicherungs-Anstalt ersetzt 32 450.88 M.; an Angehörigen-Unterstützung zahlte die Versicherungs-Anstalt 14 835.82 Mark. Der Familie eines in der Heilanstalt Untergebrachten steht gesetzlich die Hälfte des Krankengeldes zu, welche der Versicherte im Krankheitsfalle von der Krankenkasse erhalten würde. Die Versicherungs-Anstalt kann hier nun auch höhere Leistungen gewähren, ja sogar das volle Krankengeld. Derartige Mehrleistungen an die Angehörigen sind vom 1. Juli 1903 ab in Höhe von 1363.45 M. gezahlt worden. Mit Rücksicht auf das vielfach sehr niedrig bemessene Krankengeld ist von der Versicherungs-Anstalt dringend Erhöhung der Mehrleistungen zu fordern. Von den in ständige Heilbehandlung genommenen Personen sind geheilt oder auf voraussichtlich längere Zeit erwerbsfähig geworden Kranke mit Lungenkrankheiten ausschl. Schwindsucht 113 Männer, 33 Frauen; mit Lungenschwindsucht 183 Männer, 56 Frauen; mit anderen als Lungenkrankheiten 39 Männer, 22 Frauen.

Im Regierungsbezirk Merseburg wurde das Heilverfahren 1903 für insgesamt 144 Personen abgeschlossen.

Aus der Vermögens-Uebersicht ist zu ersehen, daß die Stadt Halle von der Versicherungs-Anstalt ein Darlehen in Höhe von 1 000 000 M. hatte, die evangelische Diakonissen-Anstalt in Halle hatte 170 000 M., das Marthahaus 80 000 Mark und die Herberge zur Heimat hatte ein Darlehen von 70 881.84 M. Für das Arbeiterwohnungswesen wurden 648 030 M. ausgegeben. Das Vermögen der Versicherungs-Anstalt betrug Ende 1903 insgesamt 57 787 414.61 M. An Beiträgen vereinnahmte die Versicherungs-Anstalt 1903 6 914 204.58 M. Also an Geld fehlt's nicht. Trotzdem haben wir mit der Erbauung einer eigenen Heilstätte sehr lange warten müssen. Nun Ende nächsten Jahres hofft die Versicherungs-Anstalt endlich eine solche Anstalt fertig zu stellen.

Eine Erstattung der Beiträge fand 1903 statt im Falle der Verheiratung bei 8575 Versicherten, bei Todesfällen in 1852 Fällen. Ebenso ließen sich 29 Personen die Hälfte der Beiträge erstatten, weil ihnen neben der Unfallrente eine Invalidenrente nicht zustand.

Berufungen auf schiedsgerichtliche Entscheidung gegen ablehnende festgesetzte oder die Rente entziehende Bescheide der Versicherungs-Anstalt wurden 1903 498 eingelegt, im ersten Halbjahr 1904 schon 301. Hier macht sich schon das System Thilow bemerkbar. Heißt es doch darüber wieder im Bericht: „Die größere Zahl der Ablehnungen und besonders auch die auf Grund der Ergebnisse der Nachkontrolle bewirkte Wiederentziehung von Invalidenrenten hat die Vermehrung der Berufungen herbeigeführt." Na, die Versicherten sollen die Entziehungen der Rente doch nicht etwa noch dankend quittieren. Die Invaliden-Versicherung ist nicht geschaffen, um Kapitalien auf Kapitalien zu häufen. Die Einnahmen der Versicherungs-Anstalt sind im ersten Halbjahr 1904 um 97 719.43 M. höher wie im gleichen Zeitraum 1903. Hoffentlich wird nun wieder mehr von den Einnahmen zum Wohle der Versicherten verwandt.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle, 9. November.

Keine Aufwiegelung und keine Meuterei.

Unter der schweren Anklage der Aufwiegelung, der Meuterei, des Ungehorsams und der unerlaubten Entfernung hatten sich die Kanoniere der 1. Batterie des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 75 Bordell und Putzmann zu verantworten. Bordell ist von Beruf Knecht und soll sich mittelmäßig geführt haben; Putzmann ist Schmied von Beruf und soll sich dienstlich wie auch moralisch unbefriedigend geführt haben. Das Gericht ist mit zwei Räten besetzt, da die Anklage annahm, es lägen militärische Verbrechen vor. Ueber die Sache haben wir schon einmal kurz berichtet. Am 27. Juni waren die Angeklagten mit ihrem Regiment nach dem Truppen-Uebungsplatz in Altengrabow gekommen und in Gemeinschaft mit den Kanonieren Teudloff und Rühlemann zum Scheibenbau kommandiert. Gelegentlich des Befehls waren die vier Personen von dem Oberleutnant Saul dahingehend instruiert worden, daß sie nur Dienst bei dem Scheibenbau hätten und vom Dienst in der Batterie entbunden wären. Als die Angeklagten am Sonnabend, den 2. Juli, abends nach 7 Uhr in die Baracke zurückgekehrt waren, wurde dem Kanonier Putzmann von dem Unteroffizier Fröhlich der Befehl erteilt, am Sonntag früh beim Putzen der Pferde mit zu helfen, da Pferdebesichtigung sei. Auch Rühlemann und Teudloff hatten von dem Pferdeputzen Kenntnis erhalten und erzählten davon, als sie abends ihr Abendbrot einnahmen. Bordell, dem bis dahin noch kein Befehl erteilt worden war, sagte: Wir brauchen doch nicht zum Pferdeputzen, wir sind davon entbunden, und gehen nach dem Scheibenstand. Am anderen Morgen, nachdem Bordell und Putzmann in der Kantine Kaffee getrunken hatten, trat der Kanonier Heinrich auf die beiden Angeklagten zu und sagte, der Futtermeister hätte schon nach beiden gefragt, sie sollten auch Pferde mit putzen. Bordell forderte aber Putzmann auf, mit nach dem Scheibenstand zu kommen, um dort Scheiben abzuladen, und Putzmann ging auch mit. In der angeblichen Aufforderung Bordells des Abends vorher, am Putzen der Pferde nicht teilzunehmen, wurde die Aufwiegelung, und in dem Besuchen des Scheibenstandes am Sonntag wider angeblichen Befehls und der Nichtteilnahme am Putzen der Pferde wurde die Meuterei erblickt.

Als die Angeklagten am Scheibenstand ankamen, waren die Scheiben schon abgeladen. Rühlemann, der zufällig mit beiden Angeklagten zusammengekommen war und diese gefragt hatte, ob sie nicht mit zur Baracke kommen wollten, hatten sie erklärt, sie wollten Sprengstücke suchen. Teils aus Furcht, teils weil es regnete, waren die Angeklagten am Abend des 3. Juli nicht in die Baracke zurückgekehrt. Am anderen Morgen fürchteten die Kanoniere sich noch mehr, zurückzukehren; sie gingen nach Groß-Lübars, einem Orte bei Altengrabow, irrten zwei Nächte umher, schliefen in einer Scheune und fielen schließlich einem Gemeindevorsteher und einem Förster in die Hände, durch welche sie zu dem Entschluß bekehrt wurden, am Abend des 6. Juli freiwillig in die Baracke zurückzukehren. Putzmann wurde noch am betreffenden Abend, und Bordell später in Untersuchungshaft genommen.

Während der Vernehmung Bordells muß Putzmann, damit der eine Angeklagte sich nicht nach den Angaben des anderen richten sollte, den Gerichtssaal verlassen. Beide Angeklagte räumen den Tatbestand, wie er lag, ein; sie bestritten aber ganz entschieden, sich der Aufwiegelung oder gar der Meuterei schuldig gemacht zu haben. Die Aeußerung: „Versteht Ihr! Heute gehen wir nicht in den Stall zum Pferdeputzen!" will Bordell am Morgen des 3. Juli nicht in dieser Form getan haben. Das Gespräch, sich nicht am Pferdeputzen zu beteiligen, hätte überhaupt zuerst Teudloff aufs Tapet gebracht. Im übrigen, dies erklären beide Angeklagte, glaubten sie durch den Befehl des Oberleutnants Saul vom Batteriedienst entbunden zu sein. Daß die Angeklagten zum Putzen der Pferde besonders gesucht wurden, wollten sie nicht gewußt haben; sie glaubten, es wäre nur ihr guter Wille, wenn sie sich daran beteiligt hätten. Daß bei der Erteilung mehrerer Befehle immer der letzte Befehl (Pferdeputzen) maßgebend ist, wollen die Angeklagten nicht gewußt haben. Der eingeholte Regimentsbefehl besagte, und dieser Ansicht war auch Oberleutnant Saul, daß die Angeklagten vom Dienst in der Batterie entbunden waren. Es lag aber außerdem ein Befehl des Hauptmanns und Batteriechefs vor, wonach Bordell und Putzmann strafweise zum Pferdeputzen kommandiert waren.

Zeuge Teudloff stellt in Abrede, davon angefangen zu haben, sie wollten sich nicht am Pferdeputzen beteiligen. Es sei auch davon gesprochen worden, sie hätten sich über den Befehl zum Pferdeputzen beschweren wollen; aber der Beschwerdeweg sei nicht beschritten worden. Er habe sich besonders deshalb veranlaßt gefühlt, am Pferdeputzen teilzunehmen, weil man zu ihm einmal gesagt habe, er sei ein „erstklassiger Reiter".

Der Anklagevertreter hält die Anklage nach dem Eröffnungsbeschluß aufrecht und nimmt an, daß der erste Befehl durch den zweiten abgeändert worden ist. Die Angeklagten hofften auch, Teudloff und Rühlemann würden ihrer Anregung Folge leisten, obwohl sie alle vier zum Pferdeputzen verpflichtet waren. Ihre Berufung auf den ersten Befehl ist nur eine Ausrede. Der maßgebende Befehl war der der Batterie. Wenn Bordell diesen Befehl auch nicht extra erhalten habe, so hatte er doch Kenntnis davon. Die Angeklagten haben gemeinschaftlich gehandelt, und erst am 6. Juli habe ihnen nach der Tat das Gewissen geschlagen. Dann erst sind sie zurückgekehrt. Es liegt demonstratives Handeln gegen den Befehl des Batteriechefs vor. Auch Meuterei liege vor, denn die Angeklagten haben auf Verabredung gehandelt. Es sei deshalb gegen Bordell eine Gesamtstrafe von 5 Jahren und 1 Monat Gefängnis sowie Entfernung aus dem Heere, und gegen Putzmann wegen Meuterei in Verbindung mit unerlaubter Entfernung eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten zu beantragen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Czarnikow, hatte geglaubt, der Ankläger würde im Laufe der Verhandlung die Anklage wegen Meuterei und Aufwiegelung fallen lassen. Der Gesetzgeber hat solche Geschichten, wie sie hier vorliegen, wahrlich nicht als Meuterei und Aufwiegelung angesehen. Selbstverständlich hatten sich die Angeklagten, wie die Verhandlung ergeben, etwas drücken wollen, da sie zurzeit beim Scheibenbaukommando, wie Oberleutnant Saul bekundet habe, von früh 4 Uhr bis zum Dunkelwerden arbeiten mußten. Dabei hatten sie den Regimentsbefehl als maßgebend auf ihrer Seite. Der Aufwiegelungsparagraph sollte nur auf ganz eklatante Fälle Anwendung finden. Die Angeklagten können höchstens wegen unerlaubter Entfernung bestraft werden.

Das Gericht schloß sich der Ansicht des Verteidigers an. Aufwiegelung liege nicht vor, denn die Angeklagten erachteten die Instruktion des Oberleutnants Saul für maßgebend. Auch von Meuterei könne hier nicht die Rede sein, denn das Handeln der Angeklagten richtete sich nicht gegen die Autorität eines Vorgesetzten. In beiden Punkten fehle das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Bordell habe überhaupt einen direkten Befehl nicht erhalten, nur Putzmann, der deshalb wegen Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen verurteilt werden müsse. Bezüglich beider Angeklagten liege allerdings unerlaubte Entfernung vor. Das Urteil lautete gegen Bordell auf fünf Wochen und sechs Tagen Mittelarrest, und gegen Putzmann auf vier Wochen strengen Arrest. Diese Strafen werden durch die von den Angeklagten erlittene Haft als verbüßt erklärt, und beide Angeklagte erklären, sich bei dem Urteil beruhigen zu wollen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 10. November.

Heute abend Volksversammlung im Bellevue.

Tagesordnung: Der russisch-japanische Krieg.

Der verfolgte Volkskalender.

Obwohl die Staatsanwaltschaft am Landgericht Halle abgelehnt hat, einen Gerichtsbeschluß auf Beschlagnahme des Volkskalenders für 1905 herbeizuführen und obwohl dadurch für den ganzen Landgerichtsbezirk Halle der Rechtszustand geschaffen worden ist, daß kein Polizeiorgan und keine Verwaltungsbehörde die ordnungsgemäße Verbreitung des Kalenders hindern darf, geht uns sowohl aus Düben wie aus Holzweißig, zwei im hiesigen Landgerichtsbezirk liegenden Orten, die Mitteilung zu, daß dort nachträglich noch Volkskalender durch den Gendarmen beschlagnahmt worden sind. In Holzweißig nahm der Gendarm dem Genossen Gramel 50 Stück weg, die jedoch durch die Tochter des Gemeindedieners wieder zurückgebracht worden sind. Einem Dübener Genossen wurden jedoch am 4. November nachmittags in Schwemsal die letzten 7 Stück konfisziert, und bis gestern waren sie noch nicht wieder ausgeliefert worden. Der Dübener Ortspolizist soll sogar am Dienstag gesagt haben, er sei beauftragt, die Kalenderverbreiter zu arretieren und in Untersuchung zu stecken. Das müßte zweifellos, wenn sich der Polizist wirklich so ausgelassen haben sollte, ein Mißverständnis seinerseits sein, denn eine so völlig widergesetzliche Maßnahme kann nicht angeordnet worden sein.

Noch schlimmer steht es in den Bezirken der Landgerichte Torgau und Naumburg, die gleichfalls im Regierungs-Bezirk Merseburg liegen. In Torgau erschien am Sonntag ein Polizeibeamter in der Wohnung des Genossen Hilse und wollte wissen, ob noch Volkskalender vorhanden und wo solche verbreitet worden seien. Da Hilse nicht anwesend war und seine Frau selbstverständlich keine Auskunft gab, kam der Beamte am Montag wieder. Hilse lehnte natürlich die Beantwortung derartiger Fragen ab. — In Naumburg erschien ein Beamter in der Wohnung des Genossen Weisheit und erkundigte sich nach dem Volkskalender. — In Zeitz ist dasselbe beim Genossen Leopoldt geschehen, dessen Geschäftsräume durchsucht wurden. Der Beamte wollte sogar Leopoldt für jede später erfolgende Verbreitung des Volkskalenders verantwortlich machen. — In Freyburg wurde gleichfalls nach dem verfemten Kalender gefahndet. — Am 6. Nov. wurden in Piesteritz bei Wittenberg dem Genossen Schwartz 36 Kalender abgenommen.

Aus mehreren Orten wird uns berichtet, die Gendarmen hätten sich bei ihrem Vorgehen direkt auf eine Verfügung des Regierungspräsidenten v. d. Recke berufen. Als einer unserer Genossen darauf erwiderte, er werde sich dann über Herrn v. d. Recke beschweren, guckte ihn der Gendarm wie ein achtes Weltwunder an und sagte dann mit überlegenem Lächeln: „Das gibt's doch gar nicht!" — Nun, wir werden ja sehen, ob es das gibt.

Bis jetzt ist dem Verlage des Volkskalenders noch von keiner Seite die Mitteilung geworden, daß ein Gerichtsbeschluß über Bestätigung der Beschlagnahme ergangen oder auch nur nachgesucht worden wäre. Somit treten die Bestimmungen des § 24 vom Preßgesetz in Wirksamkeit. Derselbe besagt:

> Diese Entscheidung (über Bestätigung oder Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme) muß von der Staatsanwaltschaft **binnen 24 Stunden** nach Anordnung der Beschlagnahme beantragt und vom Gerichte **binnen 24 Stunden** nach Empfang des Antrags erlassen werden.
>
> Hat die Polizeibehörde (als solche fühlt sich wohl im vorliegenden Falle der Regierungspräsident v. d. Recke) die Beschlagnahme ohne Anordnung der Staatsanwaltschaft verfügt, so muß sie die Absendung der Verhandlungen an dieselbe **ohne Verzug** und spätestens **binnen 12 Stunden** bewirken. Die Staatsanwaltschaft hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme mittels einer sofort vollstreckbaren Verfügung anzuordnen, oder die gerichtliche Bestätigung **binnen 12 Stunden** nach Empfang der Verhandlungen zu beantragen.
>
> **Wenn nicht bis zum Ablauf des fünften Tags nach Anordnung der Beschlagnahme der bestätigende Gerichtsbeschluß der Behörde, welche die Beschlagnahme angeordnet hat, zugegangen ist, erlischt letzterer und muß die Freigabe der einzelnen Stücke erfolgen.**

Wir fordern alle Genossen auf, streng auf Einhaltung dieser Bestimmung zu achten. Desgleichen ersuchen wir alle, bei denen nach Kalendern gefragt wurde oder denen Kalender weggenommen worden sind, uns sofort, auch wenn das bereits geschehen ist, nochmals genau den Sachverhalt zu berichten unter Angabe des Tages, der geführten Gespräche und aller sonstigen Begleitumstände. Wir beabsichtigen nämlich, die Frage zur Entscheidung zu bringen, wie weit dem Regierungspräsidenten v. d. Recke eine Befugnis bei Anwendung und Aufrechterhaltung von Druckschriften-Beschlagnahme zusteht und eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft unberücksichtigt zu lassen. Wir sind nicht der Meinung jenes Gendarmen, der da sagte: „Das gibt's doch gar nicht".

Gewerkschaftshaus und Gewerkschaften.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells beschäftigte man sich wiederum mit dem Projekte der Errichtung eines Gewerkschaftshauses. Das Projekt fand keine Zustimmung. Die Debatte ist von allgemeinem Interesse, weshalb sie nachstehend wiedergegeben sei.

Der Vorsitzende, Genosse Güldenberg, leitete diese Debatte ein und betonte, daß einer der brennendsten Punkte der gewerkschaftlichen Bewegung zweifellos die Lokalfrage sei. Infolge des Militärboykotts usw. ständen der Arbeiterschaft in Halle ebenfalls die meisten Säle zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Infolgedessen wäre mehrfach der Wunsch aufgetaucht, ein eigenes Versammlungslokal käuflich zu erwerben. Da dem Kartell die Kaisersäle zum Kauf angeboten worden seien, hätten sich die Gewerkschaften mit der Errichtung eines Gewerkschaftshauses befaßt. Die Kaufsumme war aber viel zu hoch, infolgedessen die eingesetzte Kommission dieses Projekt fallen lassen mußte. Inzwischen wurde durch eine Mittelsperson ein anderes Lokal angeboten. Wenn auch dieses Lokal resp. Grundstück preiswerter war, lehnten die Gewerkschaften in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041111-16/fragment/page=0006

ihrer Mehrzahl die Errichtung eines Gewerkschaftshauses ab, trotzdem sich eine Anzahl derselben im Prinzip dafür erklärten. Der ablehnende Standpunkt wurde damit motiviert, daß es immerhin eine riskante Sache sei, so viel Gelder in Grundstücken usw. anzulegen, vereinzelt wurden auch die Bedürfnisfrage bestritten usw. Außerdem wurde noch betont, daß die Arbeiterschaft infolge ihrer Stärke und ihres geschlossenen Vorgehens doch auch zu Säle erobern müßte. Schließlich wären die Saalbesitzer auch bald gezwungen, ihre Säle allen Parteien zur Verfügung zu stellen, namentlich wenn der Militärboykott in derselben Weise wie jetzt in Sachsen geregelt würde, daß z. B. der Boykott immer nur für den Tag verhängt werde, an welchem eine sozialdemokratische Versammlung in dem betr. Lokal stattfinde.

Genosse Güldenberg erwähnt, daß den unzweifelhaften Vorzügen eigener Gewerkschaftshäuser nach einem Bericht der Generalkommission über den Stand der Kartelle vom Jahre 1902 aber auch schwere Bedenken gegenüberständen, die der eingehendsten Untersuchung und Erwägung bedürften. Wenn z. B. die Mittel der Organisationen nicht ausreichten, um ein Grundstück zu erwerben, so muß Kredit und bedeutende Verzinsung in Anspruch genommen werden. So berechtigt daher der Wunsch vieler Arbeiter resp. Organisationen nach einem eigenem Heime wäre, so müßte doch in jedem Einzelfalle geprüft werden, ob ein solches Unternehmen auf die Dauer zu halten sei, zumal große Illusionen auf diesem Gebiete schon mit bitteren Erfahrungen gelohnt worden und die Rückwirkungen dann auf die Bewegung nicht ausgeblieben wären. Auf einer Gewerkschaftskonferenz für Ost- und Westpreußen wurde kürzlich auch die Beschaffung von eigenen Versammlungsräumen gewünscht. Darauf erklärte Genosse Legien, daß zuerst durch intensive Kleinarbeit Mitglieder besorgt werden müßten. Dann könne man Lokale gewinnen, ohne sie zu mieten oder zu kaufen. Berücksichtigt man dies alles, so können den Gewerkschaften, die das Projekt abgelehnt, unmögliche Vorwürfe gemacht werden. Was die Errichtung eines Volkshauses anbetreffe, so sei es selbstverständlich, daß, wenn die Partei sich einen großen Saal u. s. w. baue, dieser von den Gewerkschaften bei größeren Versammlungen und Vergnügungen benutzt würden. Wenn die Gewerkschaften aber ein eigenes Heim errichten, so könne es nur ein Gewerkschaftshaus mit Zentralherberge sein.

In der Debatte sprachen sich die meisten Redner gegen die Errichtung eines Gewerkschaftshauses aus, so daß das Projekt zurzeit fallen gelassen worden ist. Genosse Lepitz machte die Mitteilung, daß er sich bereits mit Saalinhabern betr. Hergabe von Sälen in Verbindung gesetzt habe. Erreicht hätte er noch nichts, jedoch hätten die Wirte erklärt, daß sie die Arbeiter sehr wohl vermißten. Lepitz ersucht, die Lokale, die uns zu Versammlungen vorenthalten würden, so lange zu meiden, bis man sie uns zur Verfügung stelle.

Eine Bemerkung des Genossen Lepitz, die Gewerkschaften hätten ihre Schuldigkeit nicht gethan, wurde von den Genossen Heyne, Güldenberg, Mendorf, Schnabel energisch zurückgewiesen und betont, man dürfe nicht immer die Schuld auf die Gewerkschaften schieben. Stelle man die Gewerkschaften als Sündenböcke hin, so dürfe auch nicht verschwiegen werden, daß vielfach Parteigenossen in gleicher Weise gesündigt hätten.

Handlungsgehilfen und Kaufmannsgericht.

In der gestern stattgefundenen Versammlung der hiesigen Filiale des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen bedauerte der Vorsitzende, daß man den Handlungsgehilfenverband bei der Begutachtung des Ortsstatuts zur Einrichtung von Kaufmannsgerichten für die Stadt Halle völlig übergangen habe. Folgende Resolution soll dem Magistrat unterbreitet werden:

Die heute, am 8. November 1904, im Gasthofe zum Weißen Roß, Geiststr. 5, tagende Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Halle a. S., nahm Kenntnis davon, daß der Entwurf zum Ortsstatut betr. Einrichtung von Kaufmannsgerichten vom Magistrat der Stadt Halle fertiggestellt wurde und an verschiedene hiesige kaufmännische Vereine versandt worden ist, damit dieselben Stellung zu dem Entwurfe nehmen können.

Da der Zentralverband einen derartigen Entwurf nicht erhielt, empfindet die Versammlung dies als Zurücksetzung und ersucht den Magistrat der Stadt Halle um Uebersendung des Entwurfes.

Hoffentlich kommt der Magistrat dem Ersuchen des Handlungsgehilfenverbandes nach. Die Versammlung beschloß übrigens noch, in Sachen der Kaufmannsgerichte mit dem Lagerhalterverband zusammen zu arbeiten.

Undank ist der Welt Lohn.

Die schnöde Wahrheit dieses alten Sprichwortes muß jetzt kein anderer erfahren, als — Herr Professor Suchsland. Er rühmte sich bekanntlich, daß er der eigentliche Inspirator des bekannten Budde-Erlasses sei, der den Eisenbahnarbeitern die Mitgliedschaft in Konsum-Vereinen verbietet. Zu dieser Minriertätigkeit des ruhmredigen Professors bemerkt jetzt das Organ des kleingewerblichen Mittelstandes, der in Hannover erscheinende Materialist:

„Die Geheimpolitik, die private, verborgene Einwirkung auf einflußreiche Persönlichkeiten kann in unserer Zeit nicht mehr als zulässig erachtet werden; diese erfordern vor allem Offenheit. Auch hier kann der Zweck die Mittel nicht heiligen. Ein derartiges Vorgehen vermag wohl einzelne zu gewinnen, aber weit mehr stößt es ab und steigert nur die Abneigung und das Mißtrauen, welches den gerechten Bestrebungen des Kleingewerbestandes leider ohnedies schon zur Genüge entgegengebracht wird."

Das System der privaten, verborgenen Einwirkung ist in Preußen untrennbar mit der Regierungskunst verbunden. Wüßte das Volk immer, welche großen und kleinen Anschläge auf seine Rechte diesem System zu danken sind, es würde vor dem Umfange dieser gemeinschädlichen Politik erschrecken. Insofern ist also Suchsland ganz den üblichen Traditionen treugeblieben, als er den Eisenbahnminister für seine Pläne gewann. Es ist auch erfreulich, daß selbst in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden diese Hintertreppenpolitik richtig gewertet wird, aber darüber ist sich Suchsland ebenso klar, daß ohne diese geheime Beeinflussung der Behörden und anderer wichtiger Körperschaften sein Feldzug gegen die Konsum-Vereine mit einem großen Fiasko enden muß. Er wird also weiter „budden".

---

* **In Kröllwitz** wird morgen, Freitag, abend im Lindenhoff die Diskussion über das Parteiprogramm fortgesetzt.

* **Ein schweres Unwetter** entlud sich in verflossener Nacht in den Stunden von 1 bis 4 Uhr. Nachdem der Sturmwind sich etwas gelegt hatte, sausten große Wassermassen hernieder und setzten viele Straßen und Plätze in hiesiger Stadt völlig unter Wasser. Blitze und Donnerschläge gaben dem Unwetter einen furchterregenden Charakter. Erst in den früheren Morgenstunden ließ der Regen nach und man wurde nun die Verwüstungen gewahr, die das Unwetter angerichtet hatte. Firmenschilder waren abgerissen, Dachziegel heruntergeworfen, Zäune eingerissen 2c. Auch von auswärts liegen Meldungen über angerichtete Schäden vor.

* **164344 Einwohner** zählt Halle nach der letzten Personenstands-Aufnahme. Innerhalb Jahresfrist hat unsere Stadt um 2886 Einwohner zugenommen.

* **Ein Unhold** treibt hier seit einigen Tagen ein sehr gefährliches Spiel. So wurde vor 8 Tagen die Ehefrau eines hiesigen Glasers, die sich abends in der Dämmerstunde auf dem Wege nach Brachwitz befand, in der Nähe des Posthorns von einem etwa 40jährigen Mann mit grober Aussprache angehalten. Der Mensch redete die Frau mit den Worten an: „Geben Sie Ihr ganzes Geld her, oder ich mache Sie tot." Die in Angst geratene Frau gab dem Wegelagerer, da niemand in der Nähe war, der Hilfe leisten konnte, ihre letzten 50 Pfennige, und dann konnte sie passieren. Am Montag abend wurde die 11jährige Tochter eines Glasers von Giebichenstein, die mit ihrem kleinen Bruder Mehl von der Mühle am Fürstental geholt hatte, von einem Manne mit den Worten an den Haaren gegriffen: „Gib den Jungen her, oder ich mache Dich tot." Die geängstigten Kinder schrien laut, und der dreiste Mensch wurde durch das Herbeieilen zweier Arbeiter verscheucht. Auch am Schlittenberge soll eine Frau unter ähnlichen Drohungen angehalten worden sein. Nach den Eindrücken der bedrohten Personen kann der Täter alle drei Ueberfälle begangen haben. Vielleicht gelingt es bald, dem Burschen das Handwerk zu legen.

* **Die Böllberger Mühle** verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr 9 Proz. Dividende. Der Verband der Mühlenarbeiter hat sich schon häufig wegen der der Organisation bereiteten Schwierigkeiten über diese Mühle beklagt.

* **Kindesmord.** In der Nacht zum Montag gebar im Hause Blücherstraße 10 ein Mädchen ein Kind weiblichen Geschlechts und warf es in den Abort. Als am Dienstag morgen das Abfuhrgeschäft Dehoff die Grube räumte, fand man die Leiche. Das Mädchen wurde sofort verhaftet, aber gestern abend wieder freigelassen. Es soll eine Arbeiterin sein, die früher bei Dehoff beschäftigt war.

* **Zum Einbruchsdiebstahl bei Fischer** erfahren wir noch, daß bisher es nicht gelungen ist, irgend welche Spuren, die auf die Täter weisen, zu entdecken. Glücklicherweise ist Fischer gegen Einbruch versichert.

* **Der Arbeiter Kolbe,** der von der hiesigen Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt wurde, ist in Wittenberg, woselbst er zu einem Termin erscheinen sollte, aber nicht erschienen war, festgenommen und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

* **Der geprellte Nachtwächter.** Wir lesen in einem hiesigen Blatte folgende amüsante Diebstahlsgeschichte, die im benachbarten Mötzlich sich abspielte. Schlaucht sich da in der Nacht zum Sonnabend ein Dieb, vermutlich ein früherer polnischer Arbeter, in das Gehöft des Gutsbesitzers Meye und stiehlt in dem Pferdestalle den dort schlafenden drei Knechten die Hosen, Röcke, vier Paar Stiefeln, Holzschuhe, zwei Schurzfelle, eine Uhr u. s. w. Wieder auf die Dorfstraße gelangt, vermag er den sonderbaren Raub nicht weiterzutragen und legt ihn auf die Erde. Da naht sich ihm ein Helfer in der Person des — Nachtwächters. Diesem erzählt er, er käme von Brachstedt, wo er die Arbeit eingestellt habe und nun nach Köthen wandern wolle. Gleichzeitig bittet er ihn, ihm doch einen alten Sack zu geben, in welchen er seine Sachen stecken könne, da der Riemen seines Bündels gerissen sei. Der gute Nachtwächter geht nach Hause, holt den gewünschten Sack und ist dem Spitzbuben auch noch bei dem Einpacken behilflich, ohne auf den Gedanken zu kommen, daß ein einzelner Arbeiter nicht so viele Kleidungsstücke und dieselben namentlich nicht doppelt und dreifach zu haben pflegt. Nachdem er von dem Diebe für seine Mühe und den Sack ein Schurzfell geschenkt bekommen hat, verrichtet er seinen Dienst weiter in dem Bewußtsein, ein gutes Werk getan und ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Am anderen Tage versehlt er nicht, sich und seine edle Tat den Nachbarn gegenüber in das rechte Licht zu setzen. Er soll sich derselben jedoch nicht lange freuen; denn bald verbreitet sich die Nachricht, daß ein Diebstahl verübt worden sei und er einem Spitzbuben weitergeholfen habe. Jetzt erst geht ihm ein Seifensieder auf. Für den Spott braucht er nun nicht mehr zu sorgen, und das mit Recht, wenn — die Geschichte sich wirklich so zugetragen hat, wie sie erzählt wird.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Dienstag, den 15. November, wird ein Gastspiel der beiden russischen Hofopernsängerinnen Emilie und Gabriele Christmann stattfinden. Für das Gastspiel ist Mignon angesetzt, die Partien der Philine und der Mignon werden von den Gästen gesungen. — Maria Forescu wird morgen, Freitag, nochmals als Hanni in Frühlingslust gastieren. — Am Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Die Zauberflöte (Billettbestellungen an der Theaterkasse). — Sonnabend: Premiere von Maria Theresia.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Freitag gelangt Traumulus zum 14. Male zur Aufführung, während für Sonnabend noch die letzte Wiederholung von Ein kritischer Tag angesetzt ist, wozu ebenfalls wieder der Einakter Ninette im Schnee gegeben wird. Die nächste Volksvorstellung zu Einheitspreisen von 60, 40, 20 Pf. bringt Sonntag nachmittag Hermann Sudermanns dreiaktiges Schauspiel Das Glück im Winkel. Der Vorverkauf hierzu ist bereits eröffnet. Für Sonntag abend wird eine dreiaktige Schwanknovität von Siegfried Leinau, betitelt Der Glückspilz, vorbereitet.

Diemitz. (Eig. Ber.) Eine verstaubte Polizeiverordnung. Eines Tages kam ein Gendarm auf das Gehöft des Gutsbesitzers Leuthäuser und bemerkte, daß eine an einer Dreschmaschine befestigte Polizeiverordnung, betreffend die Verhütung von Unfällen, nicht leserlich war. Die Verordnung war durch den beim Dreschen entstandenen Staub stark bedeckt, und der Gendarm erstattete gegen Leuthäuser Anzeige wegen Uebertretung. Der Gutsbesitzer sollte die Verordnung an einem geeigneteren Ort anbringen und dafür sorgen, daß sie stets leserlich sei. Das Hallesche Schöffengericht sprach Leuthäuser aber frei, da die Arbeiter jederzeit in der Lage waren, die Verordnung abzustäuben, wenn sie diese lesen wollten. Gegen das erste Urteil legte der Amtsanwalt beim Landgericht Halle Berufung ein. Dort verlangte der Staatsanwalt, der in der Sache von höchster Instanz eine prinzipielle Entscheidung herbeiführen will, Leuthäuser mit 3 M. Geldstrafe zu belegen. Einige Zeugen sagten, der Inhalt sei zu entziffern gewesen; andere meinten, die Verordnung war unleserlich. Leuthäusers Verteidiger beantragt wiederum Freisprechung und behauptet, die Verordnung habe sich am geeignetsten Platz befunden. Es hätte doch keinen Zweck gehabt, die Verordnung irgendwo im Gehöft anzuschlagen. Im übrigen, so meinte der Verteidiger, würden die dort beschäftigten polnischen Arbeiter wohl etwas anderes tun, als solche Polizeiverordnungen lesen. Die Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt des Vorderrichters und verwarf die Berufung des Amtsanwalts.

Ascherben. (E. Ber.) Kritische Polizeiverordnung. Der Rittergutsbesitzer Kersten war am 11. August mit mehreren Geschirren durch die Stadt Halle gefahren und soll an den Wagen nicht die für Halle vorgeschriebene Bremsvorrichtung gehabt haben. Das Halleische Schöffengericht verurteilte Kersten zu 3 Mk. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft; er legte aber dagegen bei dem Landgerichte Berufung ein. Sein Verteidiger behauptete gestern vor der Strafkammer, die Polizeiverordnung betreffend die Bremsvorrichtung sei rechtsungültig, denn man könne doch nicht verlangen, daß Besitzer von Geschirren die etwa von weit her einmal durch Halle kommen, ihre Bremsvorrichtungen nach der Halleschen Verordnung, die nicht einmal praktisch sei, einrichten sollen. Ueberhaupt müßten doch Polizeiverordnungen, die die Bewohner an jedem Orte gelten sollen die Zustimmung der betreffenden Gemeinde finden. Nach der vorliegenden Verordnung liege eine Ueberschreitung der Zuständigkeit der Polizei vor. Die Strafkammer war aber anderer Ansicht und verwarf des Angeklagten Berufung.

Wettin. Die Wettiner Zeitung schreibt: Der in der hiesigen städtischen Rendantur beschäftigte Schreiber D. hier wurde in dem Augenblicke überrascht, als er einen kühnen Griff in die Kasse tun wollte. Es soll eine beträchtliche Summe fehlen.

Aus den Nachbarkreisen.

Sangerhausen. (E. B.) Ein neuer Fabrikbetrieb wird demnächst hier entstehen, und zwar in der Möbelindustrie. Der Teilhaber der Firma Braun & Richardt, Herr Richardt, hat, nachdem er aus der Firma ausgeschieden ist, ein Grundstück erworben, um ein anderes Geschäft hier zu eröffnen.

Wenn man den Betrieb der Firma Braun, vormals Braun u. Richardt, jetzt ansieht: gegen früher, so weiß man wirklich nicht, was man sagen soll. In jeder Branche war früher ein Meister vertreten, natürlich alles Freunde des Herrn Richardt. Der eine Meister machte sich eines Mittags aus dem Staube auf Nimmer-wieder-sehn, weil er unehrlich der Firma gegenüber gehandelt hatte. Als eine kurze Zeit verstrichen war, kündigte man dem Poliermeister, und der Bildhauermeister soll selbst gekündigt haben. Diese Stellen wurden alle besetzt von Arbeitern, welche als Vorarbeiter funktionierten, außer der Poliermeisterstelle, in diese kam ein Fremder. Als wieder einige Wochen vergangen waren, wurde laut Anschlag verkündet, daß der jetzige Heizer, ein junger Herr von 21 Jahren, als Werkführer anzusehen sei und ihm streng Folge geleistet werden müsse. Zugleich erfuhr man, daß der Herr Richardt auch draußen war. Hierüber sind verschiedene Gerüchte im Umlauf. Die Arbeiter glaubten nun, es ginge ihnen besser, weil der ausgeschiedene Herr R. als Gegner der Arbeiterorganisation bekannt ist. Aber man hat sich getäuscht. Die Arbeitszeit wurde von 10 auf 9 Stunden verkürzt, und bis jetzt sind wohl an 20 Mann gekündigt worden. Die Drechsler gehen tagelang aus; daß man aus der sogenannten heiligen Ecke auch welche kündigen wird, glauben wir nicht. Die Arbeiter haben sich eben getäuscht. Wären die Arbeiter gut organisiert, dann könnte mancher Mißstand abgeschafft werden. Daß man selbst den Lehrlingen von ihren paar Pfennigen Entschädigung noch die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung abzieht, ist wenig nobel gehandelt, steht aber mit dem sonstigen Verhalten der Firma auf einer Stufe. Die Arbeiter mögen sich endlich einmal auf sich selbst besinnen, sich organisieren, dann brauchen sie sich die Anrempelungen des jungen Zeichners nicht mehr gefallen zu lassen.

Artern. (Eig. Ber.) Weitere Maßregelungen. Es wird uns berichtet: Da die Arbeiter der Kyffhäuserhütte trotz aller Maßregelungen nicht in den wohl von der Direktion gewünschten Ausstand traten, entledigt sich die Direktion aller Arbeiter, welche in dem schweren Verdachte stehen, Sozialdemokrat zu sein, oder doch mindestens dem Metallarbeiter-Verbande anzugehören. — So wurde vorgestern wieder einigen Arbeitern gekündigt. Dem organisierten Metallarbeiter Rosenthal wurde von seinem Meister Gütter auf Befragen, warum er entlassen würde, erklärt: Sind sie im Verbande? Als dies bejaht wurde, gab der Meister die Mitgliedschaft als Grund der Entlassung an. Der Arbeiter, vielmehr Schmiedemeister und Aktionär Fulda ist der Allmächtige in der Fabrik, bei ihm mögen sich die Arbeiter bedanken. Dieser Herr erklärte dem entlassenen Rosenthal: „Treten Sie doch aus dem Metallarbeiter-Verbande aus, und ich versichere Ihnen, Sie können Lebensstellung in der Fabrik haben und Ihr Geld verdienen."

So weit der Bericht über die jüngsten Vorkommnisse. Die Redaktion kann natürlich die Lage am Orte nicht so genau übersehen, wie die Ortsverwaltung, glaubt aber trotzdem, daß sich die letztere mit ihrer bisherigen Taktik nicht auf dem richtigen Wege befindet, der Organisation resp. den ihr angehörenden Arbeitern das Ansehen zu wahren und vor größerem Schaden zu schützen. Wenn die Organisation noch länger so untätig verharrt, werden ihre besten Leute hinausgeworfen, die Fabrikleitung schlachtet einen nach dem andern der ihr mißliebigen Arbeiter ab, und schließlich ist die Energie der Gemaßregelten nutzlos verpufft. Es ist unangebracht für organisierte Arbeiter, von einer Fabrikleitung zum Ausstande getrieben zu werden, aber schließlich verspricht eine geschlossene Aktion immer noch mehr Erfolg als das untätige Zusehen. Die Ortsverwaltung mag doch von diesem Standpunkte aus ihre ganze bisherige Taktik einmal einer ruhigen Prüfung unterziehen.

— Von merkwürdigen Hausbesitzergepflogenheiten, deren Ursache aus dem Mitgeteilten nicht ersichtlich ist, wird folgendes berichtet: Am Sonntag, den 6. November, früh morgens nach 6 Uhr, wurde der handelsmann Franz Blokfeld, im Begriffe nach seinem Stalle zu gehen um zu füttern, von seinem Hauswirte verfolgt, an der Brust gefaßt, an die Wand gedrückt und im Stalle am Hals gewürgt. Erst auf die Hilferufe und nachdem Frau Steinoff und deren Mutter zugesprungen waren, ließ der Hauswirt von seinem Opfer ab. Der fast erwürgte Mann liegt krank darnieder und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Anzeige ist erstattet. Die Darstellung scheint dringend der Aufklärung bedürftig.

Eilenburg. Zur Stadtverordnetenwahl. Das Lokalblättchen schreibt: Eine von hiesigen Bürgern mittels Zirkulars Dienstag abend nach dem Adlersaale einberufene Versammlung hatte den Zweck, hiesige junge Männer, die noch nicht Eilenburger Bürger sind, auf ihre Bürgerpflichten aufmerksam zu machen. Der Erfolg war ein überraschender: 32 Personen erwarben sich das Bürgerrecht.

Unsere Parteigenossen tun gut, angesichts dieses Eifers und der bekannten Aeußerung auf dem Kriegerfeste auch ihrerseits die nötigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Erwerbung des Bürgerrechtes event. erst der Staatsangehörigkeit darf von den Arbeitern nicht länger hinausgeschoben werden.

Torgau. Vor dem Schwurgericht saß auf der Anklagebank der Arbeiter Emil Winkler aus Schmiedeberg. Derselbe war der vollendeten und versuchten Notzucht angeklagt. Nachdem die Geschworenen die Schuldfrage bejaht und mildernde Umstände verneint hatten, wurde der erst 21jährige Angeklagte, welcher schon viele Male vorstraft ist (darunter einmal wegen Sittlichkeitsverbrechens), zu 6 Jahren Zuchthaus und 10jährigem Ehrverlust verurteilt. — Der Arbeiter Alfred Klärning in Eilenburg war der versuchten Notzucht, Bedrohung und Beleidigung angeklagt. Derselbe wurde, da die Geschworenen mildernde Umstände bewilligten, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Schuldfragen wegen der Bedrohung und Beleidigung wurden von den Geschworenen verneint. — Der Maurer und Fleischer Paul Krahlisch aus Annaburg war wegen versuchter Notzucht angeklagt. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf schuldig, doch wurden K. mildernde Umstände bewilligt. Er wurde zu 1½ Jahr Gefängnis verurteilt. — Der Arbeiter Koralewski aus Zahna wurde von der Anklage wegen Notzucht freigesprochen. — In allen Fällen war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Pieskeritz. (Eig. Ber.) Steingutarbeiterausstand. Zu den in der Wittenberger Steingutfabrik in Pieskeritz gemeldeten Differenzen ist nachzutragen, daß die sieben Tellerdreher jetzt entlassen worden sind. Da man zwei Kollegen sofort entließ, erklärten sich die anderen solidarisch und verweigerten die Arbeit, worauf sämtliche Tellerdreher entlassen wurden. Man will Arbeiter anlernen. Es dürfte jedoch schwer halten, daß sich selbige in Akkord ernähren können, da die gelernten Leute bei den neuen Preisen nicht existieren konnten. Ein selbständiger Arbeiter soll nach den neuen Preisen nur 75 Pf. ohne Burschenhilfe durchschnittlich für das Hundert Teller erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190411 11-16/fragment/page=0007

Prettin. (Eig. Ber.) Volks-Versammlung. Sonntag, den 6. ds. Mts., fand hier die erste öffentliche Volksversammlung statt. Da den hiesigen Genossen noch kein größeres Lokal zur Verfügung steht, wurde dieselbe beim Genossen Oberländer im Garten unter freiem Himmel abgehalten. Bei halbwegs schönem Wetter sprach Genosse Raute über das Thema Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Er entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden und erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort, denn Gegner hatten für diesmal nur Zaunbillette genommen; bei anderen Anlässen leisten sie dann wieder das Menschenmöglichste. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, sich dem Wahlverein anzuschließen und das Volksblatt zu abonnieren. Nach einem Schlußworte des Genossen Raute, welches auf das Genossenschaftswesen hindeutete, schloß der Vorsitzende die Versammlung. War dieselbe auch schlecht besucht, denn nur ungefähr 70 Personen waren anwesend, so ist man doch der Ueberzeugung, daß in Zukunft sich unsere Ideen immer mehr und mehr verbreiten werden.

Merseburg. Gewerkvereinler-Besorgnis. Der Correspondent schreibt zu der heutigen Metallarbeiter-Versammlung folgendes:

Heute abend findet in der Funkenburg eine öffentliche Versammlung des Metallarbeiterverbandes statt, in welcher der bestallte Gauleiter Genosse Voß-Halle über die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine herfallen wird. Diejenigen Gewerkvereinler, welche sich für 10 Pfg. Einlaß recht tüchtig auszanken lassen wollen, mögen in diese Versammlung gehen.

Wenn die Gewerkvereinler schon für 10 Pfennig ausgezankt werden können, so mögen sie sich noch freuen, so billig wird es in der Regel von anderer Seite nicht gemacht. Vielleicht wird aber doch der eine oder andere der Hirsche in dieser Versammlung ein überzeugter Gewerkschaftler. — Im übrigen könnte auch der Correspondent, der in seinem politischen Teil jeden Tag die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften anpöbelt, ruhig abwarten, ob ein Gewerkschaftsbeamter über die Anhänger anderer Vereine herfällt oder sie auszankt. Nötig scheinen die Hirsche das Auszanken nach der Aeußerung des Correspondent ja sehr zu haben.

Nordhausen. Vor dem Schwurgericht hatte sich der Buchhalter Georg Curtius aus Dillingen in Bayern wegen Mordes zu verantworten. Er hatte in dem Orte Lutter der jungen Witwe Mathilde Günther mit einem Dolche die Kehle durchschnitten, weil sie seinen Wünschen nicht nachkommen wollte. Das Schwurgericht verurteilte den Mörder zum Tode.

Gemeindezeitung.

Beesen. (Eig. Ber.) In der Gemeindevertreter-Sitzung am 28. Oktober wurde die Ausbesserung des Weges nach Wörmlitz mit Kies beschlossen, da die Ausbesserung mit Knacksteinen über 1000 M. kosten würde. Das Kiesfahren soll ausgeschrieben und dem Niedrigstbietenden übertragen werden. — An Frau Kalus wird vorläufig 4.50 M. wöchentlich Unterstützung von der Gemeinde gezahlt. Das Geld wird aus der Landesarmenkasse rückvergütet, da die Frau die letzten zwei Jahre keinen festen Wohnsitz gehabt hat. — Vom Wassergeld für die Schule will die Gemeinde ein Drittel zahlen, die Lehrer tragen zwei Drittel. — Die erwerbstätigen Mädchen sollen zur Ortssteuer herangezogen werden. — Die Gemeindepumpe soll, da die Gemeinde nunmehr mit Wasserleitung versehen ist, zugewölbt werden. — Die Einfriedigung des Friedhofes soll 1800 M. kosten. Die Arbeit soll auf dem Submissionswege vergeben werden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 8. November.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Zacke; Ankläger Staatsanwalt Hartmann.

Ein unliebenswürdiger Ehegatte stand in der Person des Dienstknechts Karl Matthes von Unterrißdorf vor Gericht. Der Mann hatte sich am 17. Juni in seiner Wohnung mit seiner Frau gezankt und dieser mit dem bestiefelten Fuß einen so gefährlichen Tritt in die Seite versetzt, daß die Getretene zu Boden gefallen war. Ein Knecht hatte die Mißhandelte hilflos am Fußboden liegen sehen. Der rabiate Ehegatte war dieserhalb vom Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden, und die Strafkammer verwarf die gegen das erste Urteil eingelegte Berufung.

Verworfen wurde auch die Berufung des Versicherungsagenten Eduard Winter von Hettstedt, der vom dortigen Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. Der Angeklagte hatte im Februar d. Js. in Burgörner Quittungsmarken von einer Viehversicherungsgesellschaft gefunden und diese in seinem Interesse verwendet.

Kleine Chronik. Der Steindrucker Karl Böhlmann von hier war geständig, in der Nacht zum 12. Oktober aus einer Gastwirtschaft, in die er sich eingeschlichen hatte, 300 Zigarren und etwa 5 Mark bares Geld entwendet zu haben. Er wurde wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Der Arbeiter Otto Wiede, der sich in Haft befindet, hat Ende August ds. Js. einem hiesigen Arbeiter ein Fahrrad, 150 Mark wert, entwendet und in Lichterfelde einen Logiskollegen bestohlen. W. wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Wegen einiger Brikettsteine, die ihr der Sohn aus einer Grube bei Sandersdorf ins Haus gebracht hatte, soll die Frau eines Invaliden von dort, die von ihrem verkrüppelten, aber stark mit Orden und Ehrenzeichen geschmückten Ehemann auf die Anklagebank begleitet wurde, 3 Tage Gefängnis verbüßen. Die Anklage lautete auf Hehlerei, und der zuständige Amtsanwalt von dort hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, um eine noch höhere Strafe zu erzielen. Nach Lage der Sache sah sich der Staatsanwalt aber doch gezwungen, seine Berufung zurückzunehmen.

Der Kutscher Franz Giersch war vom Schöffengericht wegen Uebertretung zu der höchstzulässigen Haftstrafe von 6 Wochen verurteilt worden, weil er sich eines Tages gelegentlich eines stattgehabten heftigen Streites mit dem Arbeiter Vetter bei einem Angriffe eines Messers bedient hatte. Der Angeklagte hatte nicht etwa gestochen sondern war nur in drohender Haltung mit dem gezückten Messer auf Vetter zugegangen. Seine gegen das erste Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

Eingesandt.

Geehrte Redaktion! Gestatten Sie mir ein paar Worte über Anlagen, speziell über das Stück Anlage am Unterplan, dicht an der neuen Brücke.

Daß es diesmal Proletarierkinder und hauptsächlich Mädchen sind, die sich dort herumtummeln und alles zertreten und abreißen, was ihnen in die Wege kommt, macht die Tatsache nicht weniger tadelnswert. Vielfach stehen die Mütter noch dabei und freuen sich, daß sich die Kinder nach Herzenslust amüsieren. Daß sie sich aber dadurch gegen die ganze übrige Bevölkerung vergehen, scheinen sie nicht zu begreifen. Denn einem jeden Naturfreund muß das Herz bluten, wenn er zusehen muß, wie das Gute, für jeden Menschen geschaffen, wieder zerstört wird.

In diesem Falle Selbstjustiz zu üben, ist gefährlich, denn man muß gewärtig sein, von den Eltern Schimpf und Schande angehängt zu bekommen. Und solche Opfer getraut sich keiner zu bringen. Hoffentlich hilft es, wenn auf diesem Wege das Gewissen geweckt wird. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, Frau und Kinder darauf hinzuweisen, daß öffentliche Anlagen als Gemeingut streng respektiert werden müssen. th.

Aus dem Reiche.

Angermünde. Gelegentlich einer Treibjagd wurde in der Nähe des Pluntsees die Leiche einer gut gekleideten Frau gefunden, die schon stark in Verwesung übergegangen war. Kopf und Beine waren von Raubtieren angefressen. Bei der Leiche wurde eine goldene Uhr mit Kette vorgefunden. Gerichtliche Nachforschungen sind angestellt.

Breslau. Ein folgenschwerer Maschinenunfall hat sich in einem oberschlesischen Werk zugetragen. Im Walzwerk zu Trzynice riß sich plötzlich ein Teil eines Schwungrades los, durchschlug das Dach des Kesselhauses und flog etwa ein Kilometer weit. Der Maschinenwärter war sofort tot, zehn Arbeiter wurden mehr oder minder schwer verletzt, fünf weitere Arbeiter durch ausströmenden Dampf verbrüht.

Meißen. Die 36 Jahre alte Rentenempfängerin Wilhelmine Wendrich wurde von der bereits mit Zuchthaus vorbestraften 25jährigen Arbeiterin Anna Quasdorf ermordet und beraubt. Nach ihrem Geständnis hat diese ihr Opfer mit einem Beil erschlagen und die Leiche zunächst im Keller verborgen, dann in die Elbe geworfen, wo sie jetzt erst gefunden wurde.

Bautzen. Die Strafkammer verurteilte den Stationsverwalter Weber-Bertsdorf wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes und fahrlässiger Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis.

Hamburg. Das Leichterschiff Vereinsblatt ist nachts in dem herrschenden orkanartigen Sturm südlich Helgolands mit fünf Mann Besatzung verloren gegangen. Frau und Kinder des Besitzers befinden sich in Sicherheit.

Vermischtes.

* **Wilhelm II.** hat drei Damen der englischen Aristokratie, die eifrig dem Jagdsport huldigen, Stoff zur Jagdkleidung geschenkt, wie er sie selbst trägt.

* **Ein heftiges Erdbeben** hat in der Stadt Aschabad in Russisch-Zentralasien stattgefunden, wodurch großer Schaden angerichtet wurde. Zahlreiche Personen wurden getötet und verletzt. — Auch die Insel Formosa ist von einem Erdbeben heimgesucht worden, bei dem über tausend Hütten und mehrere Hundert Menschen ums Leben kamen.

* **Automobilunfall.** In Zürich stieß ein Automobil mit einem Wagen zusammen; die in dem Automobil befindlichen acht Personen wurden herausgeschleudert. Eine Person wurde sofort getötet, drei schwer verletzt.

* **Ehetragödie.** In Le Mans (Frankreich) hat der Schiffsingenieur Fourmi seine Frau und seine Schwiegermutter mittels Revolver getötet. Er war erst seit drei Monaten verheiratet und hatte bereits die Ehescheidungsklage angestrengt.

Versammlungsberichte.

Konditoren.

In der Mitgliederversammlung am 3. November wurde über den Herforder Streit berichtet und bekannt gegeben, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, hierzu 50 Pfennig zu steuern. Die Handlungsweise der Firma Scheffelmann und Bupke wurde nochmals einer Kritik unterzogen; es soll ihr mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegengearbeitet werden. Zur Frage eines Gewerkschaftshauses verhielt sich die Versammlung wiederum ablehnend, da ein Bedürfnis nicht vorliege. Die Abrechnung vom 3. Quartal weist eine Einnahme von 102.67 Mk. und eine Ausgabe von 98 Mk. auf, somit verbleiben der Lokalkasse 4.67 Mk. Die Abrechnung wurde genehmigt. Nach Erledigung noch einiger lokalen Angelegenheiten wurde um 11 Uhr die gut besuchte Versammlung geschlossen. G. St.
(Eingeg. 7. Nov.)

Fabrikarbeiter.

In der Versammlung am 5. November wurde bekannt gegeben, daß die beiden gemaßregelten Raffineriearbeiter je 11 Mark und für jedes Kind 1 Mark Streikunterstützung erhalten. Die Entlassung eines Kollegen vom Röhrenwerke, weil er nicht genügend Ueberstunden leisten wollte, hatte den anderen dort beschäftigten Arbeitern förmlich die Zunge gelöst. Jeder einzelne konnte berichten, wie es in dem Betriebe aussieht und welche Mißstände noch herrschen. Erst kurz vor Feierabend wird angekündigt, es seien Ueberstunden zu leisten, oft ohne daß gesagt wird, wie lange gearbeitet werden soll. Die Schuld daran liegt an den Arbeitern selbst. Je länger gearbeitet wird, desto lieber ist es dem Meister oder der Leitung. 36 Stunden zu arbeiten, ist in diesem Betriebe förmlich an der Tagesordnung. Aber wehe dem, der es einmal oder gar zweimal abschlägt. Ihm wird gleich angekündigt, das Geschäft sei dann gezwungen, andere Leute anzunehmen. Im angeführten Falle wurde der sich weigernde Arbeiter gleich entlassen.

Mit dem Licht wird so sehr gespart, daß die Leute im Dunkeln umhertappen und sogar um Mitternacht 12 Uhr ihren Bissen Brot im Dunkeln verzehren müssen. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter Putzwolle angebrannt haben, um in der Pause beim Essen sehen zu können. In der gefährlichen Muffenschmiederei werden sogar bei Besichtigung durch den Gewerbeinspektor Scheinmanöver aufgeführt. Den dort beschäftigten vier Mann ist zu verstehen gegeben worden, daß sie so lange warten sollen, bis der Herr wieder fort ist, damit es an dieser Stelle nichts zu monieren gibt.

Bei Magdeburg und Werther soll die Schuld, daß Ueberstunden gemacht werden, nicht am Meister sondern an ganz anderer Stelle zu suchen sein. — Auch über den Patentausrücker mit der Kette bei Dehne wurde Klage geführt, da bei Benutzung desselben, was namentlich bei Unglücksfällen zu geschehen hat, der Betrieb noch ziemlich fünf Minuten läuft, ehe er steht. Nach Erledigung zweier Unterstützungsgesuche wurde noch auf den Walkotteabend im Bellevue aufmerksam gemacht. Nächste Mitgliederversammlung am 19. November auf der Wilhelmshöhe. (Eingeg. 7. Nov.)
W. K.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

London, 10. November. Aus Tokio wird telegraphiert, daß Bürger, Freiwillige und Polizisten jetzt die Garnison von Port Arthur verstärken. Auf beiden Seiten fielen bei den letzten Stürmen der Japaner so viel Menschen, daß zahlreiche Leichen unbeerdigt umherliegen blieben, sie wurden von Hunden angefressen, bis russische Scharfschützen die Tiere erschossen. Die chinesische Neustadt ist ganz zerstört, der größte Teil der Warenhäuser und Läden der Ausländer niedergebrannt.

Petersburg, 10. November. Vom 8. Armeekorps trafen die ersten Verstärkungen bei Mukden ein. In 8 Tagen wird die Mobilisierung des 4. Korps beginnen. Das 16. Armeekorps ist bereits unterwegs; seine ersten Teile treffen in wenigen Tagen auf dem Kriegsschauplatze ein. Das 9. Korps, welches mobilisiert worden ist, wird vorläufig in Europa bleiben, statt dessen sollen fünf einzelne Schützenregimenter nach Ostasien abgehen. Insgesamt sollen innerhalb 14 Tagen 35 000 Mann nach dem Kriegsschauplatz transportiert werden.

Konstantinopel, 10. Nov. Der Dampfer Lambus der Freiwilligenflotte passierte gestern den Bosporus mit voller Ladung nach dem Mittelmeer.

Hamburg, 10. Nov. Die beiden Hamburger Segelschiffe Thalia und Neptun werden vom Seeamt für verschollen erklärt. Man nimmt an, daß beide Fahrzeuge mit der gesamten Besatzung untergegangen sind.

Briefkasten der Redaktion.

Merseburg. Nach § 616 des Bürgerl. Gesetzbuchs sind derartige Versäumnisse, wie es der Besuch einer Kontrollversammlung ist, zu bezahlen. Nur wenn durch die Arbeitsordnung eines Betriebes die Bezahlung derartiger Versäumnisse ausdrücklich ausgeschlossen ist, hat der Arbeiter kein Anrecht auf Bezahlung.

F. J. Wer die Bestimmung unterschrieben hat, ist an sie gebunden. Wer aber die Unterzeichnung einer solchen ungehörigen Bestimmung abgelehnt hat, kann auf Zahlung des betreffenden Lohnanteilts klagbar werden.

H. P. in W. Wie Sie aus der gestrigen Nummer des Volksblattes ersehen konnten, soll in Hamburg erst ein Gewerkschaftshaus errichtet werden.

N. Die Mutter hat den Nießbrauch oder deren Wert in Bargeld zu verlangen. In Ihrem Falle darf die Frau die Wohnung anderweitig nicht vermieten; sie darf aber die 30 M. beanspruchen.

H. V. in Gr. Wenden Sie sich an Nikolaus Dölle, Zeitz, und nehmen Sie alle Aktenstücke mit, die Ihnen in der Sache zugegangen sind. Nur nach Durchsicht derselben läßt sich Ihre Anfrage sicher beantworten.

P. E. Das Nein sollte heißen: Die Unterstützung kann Ihnen aus dem angegebenen Grunde nicht entzogen werden. So war die Frage gestellt gewesen. Gruß!

Ein Interessent. Ja, was meinen Sie denn eigentlich? Die Entlassung an sich oder die Ursache dazu? Richtet sich Ihr Groll gegen die Entlassenen oder gegen die, welche die Entlassung verfügt haben? Etwas deutlicher müssen Sie schon werden. Haben Sie gerechte Sache, so bringen Sie Ihre Vorwürfe gegen den Verein in einem Eingesandt zur Geltung. Ihren Namen und Ihre Wohnung müssen Sie natürlich dann angeben; aber beides bleibt verschwiegen.

Querfurt. Der Brief lief erst am Sonnabend abend ein, als die Sonntagsnummer bereits gedruckt und expediert war. Sie haben die Sache doch jedenfalls schon früher gekannt. Warum haben Sie gewartet, bis es zum Eingreifen zu spät war?

C. A. in B. Zwischendeck Hamburg-Newyork 90 Mk. Mit der Beschäftigung als Maurer sieht es drüben jetzt nicht zum besten aus.

E. K. in A. Der von Ihrem Sohne mit der Lebensversicherung abgeschlossene Vertrag ist giltig, obwohl Ihr Sohn noch nicht mündig war. Nach den Statuten solcher Gesellschaften verpflichtet sich in der Regel der Versicherte auf drei oder fünf Jahre zur vollen Prämienzahlung. Sie können also keinen Anspruch geltend machen.

S. 80, Merseburg. Das Arbeiten bis 10 Uhr abends ist für Arbeiterinnen verboten. An 60 Tagen im Jahre kann jedoch das Arbeiten bis 10 Uhr stattfinden, dazu ist aber behördliche Genehmigung erforderlich. In diesem Falle muß in der Werkstatt eine Tafel ausgehängt werden, auf der jeder Tag, an dem Ueberarbeit stattfindet, vor Beginn der Ueberarbeit einzutragen ist. (Siehe §§ 135—138a der Gewerbeordnung.) Niemand ist verpflichtet, unentgeltlich Ueberstunden zu leisten.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 8. November.

Aufgeboten: Arbeiter Simon und Ida Gorgas (Großer Sandberg 15 und Leipzig).

Eheschließung: Arbeiter Elsner und Dorothee Siesing (Pfännerhöhe 30).

Geboren: Arbeiter Hutzelmann S. (Weingärten 47). Arbeiter Volkmar S. (Klinik). Arzt Dr. med. Engelke T. (Klinik). Telegraphisten Fröhlich T. (Landsbergerstraße 59). Eisenhobler Göhlert T. (Streiberstraße 23). Former Schimpf T. (Torstraße 20). Korbmacher Buschendorf T. (Rannischestraße 16). Maler Haynert T. (Königstraße 23). Arbeiter Fiedler S. (Hirtenstraße 8). Arbeiter Bechstedt T. (Sophienstraße 41).

Gestorben: Privatmann Laue, 81 J. (Dryanderstraße 1). Justizrat Otto, 75 J. (Prinzenstraße 11). Mühlenbesitzers Gneist S., 6 J. (Krukenbergstraße 19).

9. November.

Aufgeboten: Schlosser Gerber und Lina Renner (Hoym und Schützenstraße 6). Arbeiter Müller und Emilie Steinfelder (Südstraße 22). Kaufmann Pechau und Katharina Keller (Eisenach und Charlottenstraße 18).

Geboren: Schmied Pesch T. (Merseburgerstraße 108). Kaufmann Gassenheimer T. (Landwehrstraße 19). Kesselschmied Zahn S. (Hochstraße 8). Theatermeister Franke T. (Liebenauerstraße 166). Kaufmann Kuhne S. (Robert Franzstraße 7). Mühlknecht Heinrich S. (Klinik). Arbeiter Teutloff T. (Landsbergerstraße 63). Arbeiter Bieck S. (Ludwigstraße 25). Schlosser Walter S. (Schlosserstraße 2). Geschirrführer Breternitz T. (Dryanderstraße 15). Arbeiter Spaar S. (Wörmlitzerstraße 94).

Gestorben: Zimmermanns Märker Ehefrau, 44 J. (Mansfelderstraße 23). Bergarbeiters Marold Ehefr., 41 J. (Klinik). Arbeiters Mettin S., totgeb. (Klinik).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 8. November.

Geboren: Arbeiter Götze S. (Eichendorffstraße 33). Feilenhauermeister Schraplau T. (Reilstraße 43). Gärtner Lehmann T. (Feldstraße 4).

Gestorben: Arbeiter Boyde, 23 J. (Am Kirchtor 20). Beamter Lindner, 37 J. (Götheſtraße 12). Maschinenbauer Rückert, 67 J. Triftstraße 6).

9. November.

Aufgeboten: Schuhmacher Freese und Minna Brückmann (Kleine Ulrichstraße 18a und Breitestraße 12).

Eheschließungen: Tierarzt Steinberg und Anna-Maria Schlegel (Herderstraße 9). Betriebsleiter Blohm und Luise Trümpler (Burgstraße 2).

Geboren: Gefreiten Just S. (Friedrichstraße 35). Arbeiter Schulze S. (Brachwitzerstraße 7). Tischler Schmidt S. (Hermannstraße 12).

Gestorben: Fabrikanten Prinz Ehefrau, 37 J. (Langestraße 20). Arbeiters Böhme T. aus Eisleben, 4 J.

Quittung.

Trebnitz. Für Parteizwecke vom schneidigen Franz 1.30 Mk. Auf Sammelliste 203 durch O. Heynold 12.05, auf 204 durch A. Blatt 6.15, auf 206 durch W. Nacke 3.60 Mark.

Die Preßkommission

hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Unterzeichneten bestimmt.

Alle Beschwerden über die Redaktion, den Verlag und die Expedition des Volksblattes sowie die Buchhandlung sind zu richten an

Wilh. Mehlgarten,
Ludwig Wuchererstr. 23.

Osterfeld.

Alle Parteigenossen von Osterfeld und Umgegend, welche einen Arbeiter-Gesangverein gründen wollen, werden ersucht, sich Sonnabend, den 12. November, im Gasthof zu Schleinitz zwecks einer Besprechung einzufinden. M. K.

Verantwortlicher Redakteur Adolf Thiele in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041111-16/fragment/page=0008